



Nr. 154 | 14.10.2022

Zentralasien-Analysen

- Protest und Repression in der innerstaatlichen Autonomie: Karakalpakstan und Berg-Badachschan
- Konferenz der Weltreligionsführer in Astana
- SOZ-Gipfel in Samarkand

■ ANALYSE	
Zwischen Autonomie und Nationaler Integration – Steht die finale Krise Karakalpakstans noch bevor? Von Ivan U. Kłyszcz (Estonian Foreign Policy Institute, Tallinn)	2
■ KARTE	
Die Republik Karakalpakstan	6
■ ANALYSE	
Berg-Badachschan und Tadschikistans stille Abkehr vom Westen: Blutiges Ende der »ismailitischen Intervention«? Von Nurdil Aksenova	8
■ KARTE	
Tadschikistan und das Autonome Gebiet Berg-Badachschan	13
■ KOMMENTAR	
Papst Franziskus in Kasachstan – Religionsdiplomatie auf steinigem Gelände Von Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)	15
■ KOMMENTAR	
Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Wirtschaftliche Fragen abseits politischer Blockbildung Von Haiyun Ma (Frostburg State University)	18
■ KARTE	
Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) nach dem Samarkand-Gipfel am 15. und 16. September 2022	20
■ CHRONIK	
25. Juli –26. September 2022	22
Kasachstan	22
Kirgistan	26
Tadschikistan	30
Turkmenistan	33
Usbekistan	37

Zwischen Autonomie und Nationaler Integration – Steht die finale Krise Karakalpakstans noch bevor?

Von Ivan U. Kłyszcz (Estonian Foreign Policy Institute, Tallinn)

DOI: 10.31205/ZA.154.01

Zusammenfassung

Ende Juni sind in der Republik Karakalpakstan Proteste gegen eine in Taschkent geplante Verfassungsänderung ausgebrochen. Die Reform sah eine Aufhebung des formalen Autonomiestatus der Region vor, die dadurch vollständig in die zentralisierte Verwaltungsstruktur des usbekischen Staates integriert werden sollte. Der aus Sowjetzeiten übernommene Autonomiestatus repräsentiert ein bis heute ungelöstes Arrangement zur Überbrückung divergierender regionaler und zentralstaatlicher Interessen. Während Nukus mehr politische Eigenständigkeit und eine tatsächliche Verwirklichung der formalen Autonomie anstrebt, verfolgt der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew das Ziel einer flächendeckenden Konsolidierung seiner Herrschaft über ganz Usbekistan. Zwar hat Mirsijojew die geplante Verfassungsänderung zurückgenommen, die Unzufriedenheit in der Region wächst angesichts von massiven ökologischen und ökonomischen Problemen jedoch weiter. Eine Lösung des schwelenden Konfliktes zwischen Nukus und Taschkent ist nach der Niederschlagung der Proteste 2022 in weite Ferne gerückt, während das bestehende Übergangsarrangement immer weniger haltbar scheint.

Quo vadis, Karakalpakstan?

Im Jahr 2000 stellte Reuel R. Hanks in einem wegweisenden Artikel die Frage »wohin Karakalpakstan?«, in welcher sich der erstarkende Autoritarismus Taschkents, die Aralseekatastrophe und die schwelenden Ansprüche Karakalpakstans auf Selbstbestimmung widerspiegeln. Damals schien die Region an einem Scheideweg zu stehen, konfrontiert mit einer Vielzahl von möglichen Wegen, aber unfähig einen Schritt nach vorne zu machen. Über Jahrzehnte hinweg war dieser ungelöste Schwebzustand der Status Quo in der Region, sowohl für Karakalpakstan als auch für Taschkent wurde er zur Normalität. Die Proteste im Juli 2022 – mit all ihren unmittelbaren tieferliegenden Ursachen – haben dieses politische Arrangement in eine tiefe Krise gestürzt und fast dessen Ende bedeutet. Nur durch massive Repressionen – die zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrags im September 2022 weiter anhalten – konnte Taschkent den Zusammenbruch des ungelösten Status Quo noch einmal aufschieben.

Die Republik Karakalpakstan ist eine Region Zentralasiens, die Außenstehenden kaum etwas sagt. Bekannt ist diese eher dünn besiedelte und hauptsächlich aus Wüste bestehende Region vor allem für die Austrocknung des Aralsees, eine menschengemachte Umweltkatastrophe, welche die jüngere Geschichte Karakalpakstans entscheidend geprägt hat. Laut der regionalen Verfassung ist Karakalpakstan eine autonome Republik, eine Form der territorialen Autonomie, die den regionalen Behörden einige Selbstverwaltungsrechte mit dem Charakter einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber Taschkent einräumt.

Ende Juni geriet Karakalpakstan kurz in die internationalen Schlagzeilen, als in der Republik Proteste ausbrachen, die am 1. Juli 2022 ihren Höhepunkt erreichten, als sich große Menschenmengen in der karakalpakischen Hauptstadt Nukus versammelten. Unbekannt ist, wie viele Menschen genau an den Demonstrationen teilnahmen, einige Schätzungen gehen jedoch von Tausenden Teilnehmer:innen aus. Die Niederschlagung der Proteste durch die usbekische Regierung markierte das rasche Ende der Versammlungen und Demonstrationen. Am 3. Juli wurde über ganz Karakalpakstan der Ausnahmezustand verhängt, das Internet gesperrt und der Grenzschutz verstärkt. Die Medienberichterstattung wurde eingeschränkt und nur noch wenigen Reporter:innen aus dem In- und Ausland der Zugang in die Region gewährt. Eine verlässliche Untersuchung, von wem die Gewalt zuerst ausging, steht noch aus, Berichten zufolge verliefen die Proteste jedoch zunächst friedlich. Laut Angaben der usbekischen Regierung wurden über zweihundert Menschen verletzt und achtzehn weitere bei Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet. Über fünfhundert Personen wurden während der Proteste festgenommen.

Obwohl es kaum verlässliche Informationen gibt, lässt der Ablauf der Ereignisse einen spontanen Ausbruch der Proteste vermuten. Auslöser waren von der usbekischen Regierung vorgeschlagene Verfassungsänderungen, die am 26. Juni online veröffentlicht wurden und die Teil eines von Präsident Schawkat Mirsijojew eingeleiteten Reformprozesses sind. Dieser Reformprozess war zu dem Zeitpunkt bereits seit eini-

gen Monaten im Gang und sah mit Blick auf das Gebiet Karakalpakstan zwei wesentliche Änderungen vor: Die Aufhebung des autonomen Status sowie die Streichung des Rechts der Republik, ein eigenes Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten. Direkt im Anschluss an die Veröffentlichung der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen begannen sich die Proteste zu formieren.

Infolge der Proteste zog Mirsijojew seine Änderungsvorschläge zurück und versprach am 2. Juli, den autonomen Status Karakalpakstans in seiner aktuellen Form beizubehalten. Die Reaktionen der usbekischen Regierung waren jedoch wie üblich verworren. Sie veröffentlichte eine nur lückenhafte Darstellung der Ereignisse, in der nebulöse »externe Kräfte« für die Gewalt verantwortlich gemacht wurden. Demnach seien die Proteste keineswegs spontan ausgebrochen, sondern von langer Hand geplant gewesen. Ende August wurden einige der Inhaftierten in den Hausarrest überstellt, davon abgesehen wurden jedoch keine weiteren Schritte der Versöhnung unternommen.

Über eine formale autonome Selbstverwaltung verfügt Karakalpakstan seit der Sowjetzeit, ihr aktueller Status und ihre tatsächliche Funktionsweise lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, ob die Autonomie in ihrer jetzigen Form verfassungsgemäß ist. Einerseits verfügt die Region zwar über zahlreiche Merkmale von Selbstverwaltung, etwa ein eigenes Parlament, eine eigene Verfassung und sogar eigene nationale Symbole wie Flagge und Nationalhymne. Andererseits ist allgemein bekannt, dass die regionalen Institutionen ihre Weisungen überwiegend aus Taschkent beziehen und Entscheidungen über politische Initiativen bis hin zu Personalfragen in der usbekischen Hauptstadt getroffen werden. Zudem sind die Gründe, die zur Rechtfertigung der politischen Integration Karakalpakstans in den usbekischen Staat angeführt werden, umstritten und der Umgang der Taschkenter Behörden mit dem Thema undurchsichtig. Die karakalpakische Autonomie wird deshalb von vielen als reine Augenwischerei betrachtet, die nur dazu dient, die umfassende Kontrolle zu verschleiern, die Taschkent über die Region ausübt.

Dieses Arrangement ist eigentlich schon seit Jahren nicht weiter tragbar, da es sowohl Taschkents Interesse einer flächendeckenden autoritären Konsolidierung und Herrschaftsdurchsetzung zuwiderläuft, als auch in deutlichem Gegensatz zum Wunsch der Karakalpakten nach mehr tatsächlicher Selbstverwaltung steht. Vor dem Hintergrund der zusätzlichen Belastungen durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Aralseekatastrophe ist die Frage »wohin Karakalpakstan?« weiterhin hochaktuell. Mögliche Hinweise, wie es mit der karakalpakischen Autonomie weitergehen könnte, liefert ein Blick in die Geschichte und auf die tieferliegenden Ursachen der Proteste.

Die Ursprünge der karakalpakischen »Staatlichkeit« von den 1920ern bis 1991

Die karakalpakische Autonomie mag auf den ersten Blick »künstlich« erscheinen, sie ist jedoch das Ergebnis eines historischen Prozesses, der im 20. Jahrhundert ganz Zentralasien betroffen hat. Der Verwaltungsstatus von Karakalpakstan als autonomer Republik stellt ein direktes Erbe der Sowjetzeit dar. In der Sowjetunion repräsentierte die Autonomie einen Status, der Territorien zuerkannt wurde, wenn in diesen ethnische oder nationale Minderheiten von bedeutender Bevölkerungszahl lebten. Diese Minderheiten wurden zu »Titulnationen« der jeweiligen Gebiete erklärt, die wiederum als ihre »Heimatländer« definiert wurden. Im Fall Karakalpakstans handelt es sich um die karakalpakische Minderheit, eine hauptsächlich südlich des Aralseebeckens lebende Bevölkerungsgruppe, die eine kiptschakische Turksprache spricht, die näher mit dem Kasachischen als dem Usbekischen verwandt ist. Da in Karakalpakstan zudem auch viele Kasach:innen leben, stellen ethnische Usbek:innen in der Region insgesamt nur eine Minderheit dar.

Auf dem Papier gab der Autonomiestatus der regionalen Regierung vor allem in den Bereichen Kultur und Bildung einen größeren Spielraum für eigene Entscheidungen ohne die Interferenz Moskaus. Als Grundlage dieser zusätzlichen Kompetenzen diente das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das einen gewissen Schutz von Minderheiten verbrieft und auf das sich die Bolschewiki beriefen, als sie die territorial-administrative Struktur der Sowjetunion nach dem Prinzip der Delimitation von nationalen Republiken, autonomen Republiken und Gebieten nationaler Minderheiten gliederten. Im Gegensatz zu den Unionsrepubliken (z. B. der Ukrainischen SSR oder der Usbekischen SSR) galten diese autonomen Territorien jedoch nicht als souverän und waren administrativ den jeweiligen Unionsrepubliken unterstellt.

Unter der deklarativen Oberfläche sah die Realität jedoch anders aus, da der vor allem kulturell verstandene Autonomiestatus nicht das politische Monopol der Kommunistischen Partei berührte. Zudem wurden die Konzepte von »Titulnationen« und »Heimatländern« den komplexen sozialen Gegebenheiten vor Ort häufig nicht gerecht und führten wiederkehrend zur Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen, die nicht der »Titulnation« des jeweiligen administrativen Territoriums angehörten. Vor dem Beginn der sowjetischen Herrschaft war das Gebiet der späteren autonomen Republik Karakalpakstan Teil des Khanats von Chiwa, einem nicht nach nationalen sondern dynastischen Prinzipien organisiertem Staat, in dem sich die soziale Rolle der Ethnizität komplexeren informellen Geflechten von Loyalität, Patronage und Gegenseitigkeit unterordnete,

zumal es wie im Rest Zentralasiens noch keine klare Abgrenzung zwischen den verschiedenen ethnischen (und später »nationalen«) Gruppen gab. Die soziopolitischen Kategorien von Nation und Nationalität wurden erst mit der bolschewikischen Machtübernahme eingeführt und im Rahmen der sowjetischen Herrschaft wirkmächtig durchgesetzt, wobei es sich um einen Prozess gehandelt hat, der die Region bis heute prägt. Ungeachtet der vielen Transformationen seit der Unabhängigkeit Usbekistans 1991 hielten Taschkent und Nukus weiterhin an zentralen Aspekten der damaligen sowjetischen Nationalitätenpolitik und einer ihren wichtigsten Institutionen, der territorialen Autonomie, fest.

In Zentralasien gibt es heute nur noch zwei autonome Regionen (die zweite ist Berg-Badachschan in Tadschikistan), allerdings besaßen fast alle Verwaltungseinheiten der Region in der Sowjetzeit zu irgendeinem Zeitpunkt den Status nicht-souveräner, autonomer Territorien. Zu Beginn der Sowjetherrschaft war ein großer Teil Zentralasiens politisch in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert. Bis 1924 gehörte der Großteil des karakalpakischen Territoriums zum sozialistischen Nachfolgestaat des Khanates von Chiwa, der Choresmischen Sowjetischen Volksrepublik, deren Staatsgebiet im Zuge der national-territorialen Delimitation Zentralasiens zwischen der Turkmenischen SSR, der Usbekischen SSR und der neugeschaffenen Karakalpakischen Autonomen Oblast aufgeteilt wurde. Die Karakalpakische Autonome Oblast war wiederum Teil der Kasachischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik, die ihrerseits Teil der RSFSR war. Im Jahr 1932 wurde Karakalpakstan von einer autonomen Oblast zu einer autonomen Republik hochgestuft. Ab da an bildeten sich die Grenzen des heutigen Zentralasiens heraus. Nachdem sich die kasachischen und usbekischen Sowjetbehörden eine Zeit lang um die administrative Zugehörigkeit Karakalpakstans gestritten hatten, konnte sich 1936 schließlich die usbekische Seite durchsetzen und die Region wurde Teil der Usbekischen SSR, während Kasachstan (wie auch Kirgistan) dafür als fortan eigene Unionsrepublik aus der RSFSR ausgegliedert wurde. Bis zur Perestroikazeit schien der Status Karakalpakstans damit weitestgehend geklärt.

Karakalpakstans schwierige Übergangszeit

Heute, dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sind zahlreiche Quellen zur Geschichte Karakalpakstans auf Karakalpakisch, Usbekisch, Russisch und in anderen Sprachen verfügbar. Unter anderem wurden in Nukus und Taschkent eine Reihe Bücher zur Geschichte der Region veröffentlicht, die bisher vernachlässigte historische und politische Aspekte beleuchten und wichtige Informationslücken füllen. Nichtsdestotrotz sind die Entwicklungen der frühen 1990er

Jahre immer noch viel zu wenig erforscht und Wissenschaftler:innen können nur auf wenige verlässliche Primär- oder Sekundärquellen zurückgreifen. Dabei ist diese historische Periode von entscheidender Bedeutung, da damals das politische Arrangement entstand, das Karakalpakstans Schicksal bis heute bestimmt. Offizielle Darstellungen aus Taschkent lassen diesen Zeitraum entweder komplett aus oder stützen sich auf eine Version der Entwicklungen, die Taschkent und nicht Nukus in den Mittelpunkt stellt.

Auch wenn die Region rasch begann, ihren eigenen Weg einzuschlagen, glich die politische Situation in Karakalpakstan zu Beginn der 1990er Jahre der in anderen Teilen der späten Sowjetunion. Während der Perestroikajahre entstanden in der gesamten Sowjetunion politische Bewegungen nationaler Minderheiten, die einen verbesserten Status ihrer Heimatländer bis hin zur Unabhängigkeit forderten. In Karakalpakstan wurde die politische Mobilisierung während der Perestroikazeit durch einen wachsenden Unmut über eine fehlende echte Autonomie und die Folgen der Aralseekatastrophe genährt. Am 14. Dezember 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet von Karakalpakstan eine Souveränitätserklärung, die den Grundstein für eine tatsächliche karakalpakische Selbstverwaltung und möglicherweise sogar die Unabhängigkeit von Moskau und Taschkent legen sollte. Was genau in der Zeit zwischen der Souveränitätserklärung von 1990 und der Wiedereingliederung Karakalpakstans in den usbekischen Staat 1993 passierte, ist heute leider nur schwer rekonstruierbar, die Quellenlage lässt lediglich eine spekulative Sicht auf die Abfolge der Entwicklungen zwischen 1990 und 1993 zu.

Anstelle des vorherigen parlamentarischen Regierungssystems führte Karakalpakstan 1991 ein Präsidialsystem ein. Dauletbaj Schamschetow – der damalige Vorsitzende der Partei Khalyk Mapi (Volkswille) – wurde zum ersten Präsidenten der Republik Karakalpakstan gewählt, wobei an dieser Stelle keine Aussage darüber gemacht werden kann, wie er die Regierungsführung während seiner Amtszeit gestaltete. Im Februar 1992, kurz bevor Karakalpakstan wieder Teil Usbekistans wurde, trat er zurück. Was der Wiedereingliederung kurz darauf genau vorausging bleibt bis heute ein Mysterium. Einigen Darstellungen zufolge machte sich der usbekische Präsident Islam Karimow informelle Kanäle zunutze, um Schamschetow abzusetzen. Andere betonen die Konflikte und Zerwürfnisse innerhalb der karakalpakischen Eliten, was schließlich denjenigen Kräften zugutegekommen sei, die sich für eine Wiedereingliederung der Region in den usbekischen Staat aussprachen. Auch wenn offen bleiben muss, was genau passiert ist – das Ergebnis ist bekannt: 1993 stimmte die karakalpakische Regierung einer Wiedereingliederung in die Republik Usbekistan zu, allerdings unter der Bedin-

gung, dass nach 20 Jahren ein Unabhängigkeitsreferendum abgehalten würde (manche Stimmen behaupten, die Bedingung war kein »Referendum in 20 Jahren« sondern »irgendwann nach 20 Jahren«). Da nie ein offizielles Dokument veröffentlicht wurde, sind die genauen Bedingungen des Abkommens bis heute unbekannt. Es wird sogar spekuliert, dass es ein solches Dokument nie gegeben hat und es sich bei dem Abkommen lediglich um eine mündliche Absprache zwischen Karimow und der karakalpakischen Verhandlungsseite gehandelt habe. Das vereinbarte Referendum hat nie stattgefunden.

In den 30 Jahren seit der Unabhängigkeit Usbekistans ist die Unzufriedenheit der karakalpakischen Bevölkerung gewachsen und die Aralseekatastrophe hat Jahrzehnte sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen zur Folge gehabt. Vor dem Hintergrund von Desertifikation und Wasserverknappung sind die Tuberkuloseraten in der Region massiv in die Höhe geschossen. Während Karimows Herrschaft wurde die Region durchgehend vernachlässigt und ihre Probleme größtenteils ignoriert. Karakalpakstan hat sich zwar bis heute die kulturelle Eigenständigkeit bewahrt (die karakalpakische Sprache wird nicht nur unterrichtet sondern ist als Alltagssprache auch weit verbreitet), dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Region auch tatsächlich selber verwaltet. Das Regierungskabinett in Nukus wird von Mitgliedern nationaler Parteien dominiert während regionale karakalpakische Parteien keine Rolle spielen. Ein Großteil der karakalpakischen Opposition befindet sich im Exil. Hinzu kommt der schwerwiegende Vorwurf, dass die usbekische Regierung gezielt den Umzug ethnischer Usbek:innen nach Karakalpakstan fördere, um das demografische Gleichgewicht durch assimilatorische Maßnahmen zugunsten einer von Taschkent bevorzugten Bevölkerungszusammensetzung zu verändern. Es existieren keine verlässlichen Umfragewerte darüber, wie viele Menschen in der Region für eine Unabhängigkeit Karakalpakstans sind, einige anekdotische Evidenzen lassen jedoch auf eine hohe Zustimmung schließen. Unzufriedenheit und Missstände bilden den Hintergrund der Proteste im Juli 2022 und werden den

Über den Autor

Ivan U. Klyszcz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Estnischen Institut für Außenpolitik, Tallinn. Er ist außerdem Doktorand am Johan-Skytte-Institut für politische Studien an der Universität Tartu.

Lesetipps

- Hanks, Reuel R. »A Separate Space?: Karakalpak Nationalism and Devolution in Post-Soviet Uzbekistan.« *Europe-Asia Studies*, vol. 52, no. 5, 2000, pp. 939–53
- Olmos, Francisco. »The curious case of the Republic of Karakalpakstan.« *The Foreign Policy Centre*, 28 May 2020. <https://fpc.org.uk/the-curious-case-of-the-republic-of-karakalpakstan/>

Widerstand gegen Taschkent auch in Zukunft weiter anfachen.

Karakalpakstan zwischen Eigenständigkeit und nationaler Zugehörigkeit

Trotz Wiedereingliederung Karakalpakstans 1993 wurde der verfassungsrechtliche Status der Region innerhalb Usbekistans nicht endgültig geklärt. Das verpasste Referendum im Jahr 2013 und das Vorhaben der usbekischen Regierung, das in der Verfassung verankerte Recht auf ein Referendum über die Unabhängigkeit Karakalpakstans zu streichen, haben aus einem latenten Konflikt eine offene Krise gemacht. Ziel von Mirsijojews Verfassungsprojekt ist es schließlich, seine Macht über alle Teile Usbekistans zu konsolidieren, weshalb er die »Karakalpakstanfrage« am liebsten durch eine vollständige Integration der Region in die politische und bürokratische Verwaltungsstruktur Usbekistans lösen würde. Die Einwohner:innen Karakalpakstans haben jedoch gezeigt, dass sie bereit sind, ihre Autonomie und ihr Recht auf Sezession zu verteidigen, auch wenn beides bisher nur auf dem Papier existiert.

Zum Entstehungszeitpunkt des Beitrags im September 2022 hat der Konflikt eine Pattsituation erreicht. Unter diesen Umständen werden sich wohl keine neuen Möglichkeiten mehr auftun, das bisherige politische Arrangement, das darauf beruhte, den Status Karakalpakstans über Jahrzehnte hinweg in der Schwebe zu halten, doch noch langfristig beizubehalten. Da die meisten Probleme in der Region bestehen bleiben, werden die Menschen sich wahrscheinlich auch in Zukunft versammeln, um ihre Autonomie und vor allem die Möglichkeit, sie eines Tages auch tatsächlich verwirklichen zu können, weiter zu verteidigen. Für Mirsijojews Ambitionen, unumschränkte Macht über das gesamte usbekische Staatsgebiet herzustellen, wird der autonome Status Karakalpakstans eine schwer zu überwindende Hürde bleiben.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

KARTE

Die Republik Karakalpakstan

Karte 1: Die Regionen Usbekistans



 Karte 2 (topografische Karte Republik Karakalpakstan) auf S. 7

AFG = Afghanistan

KS = Kirgistan

1 = Stadt Taschkent

2 = Andischan

3 = Buchara

4 = Ferghana

5 = Dschizak

6 = Namangan

7 = Nawoi

8 = Kaschka-Darja

9 = Samarkand

10 = Syr-Darja

11 = Surchan-Darja

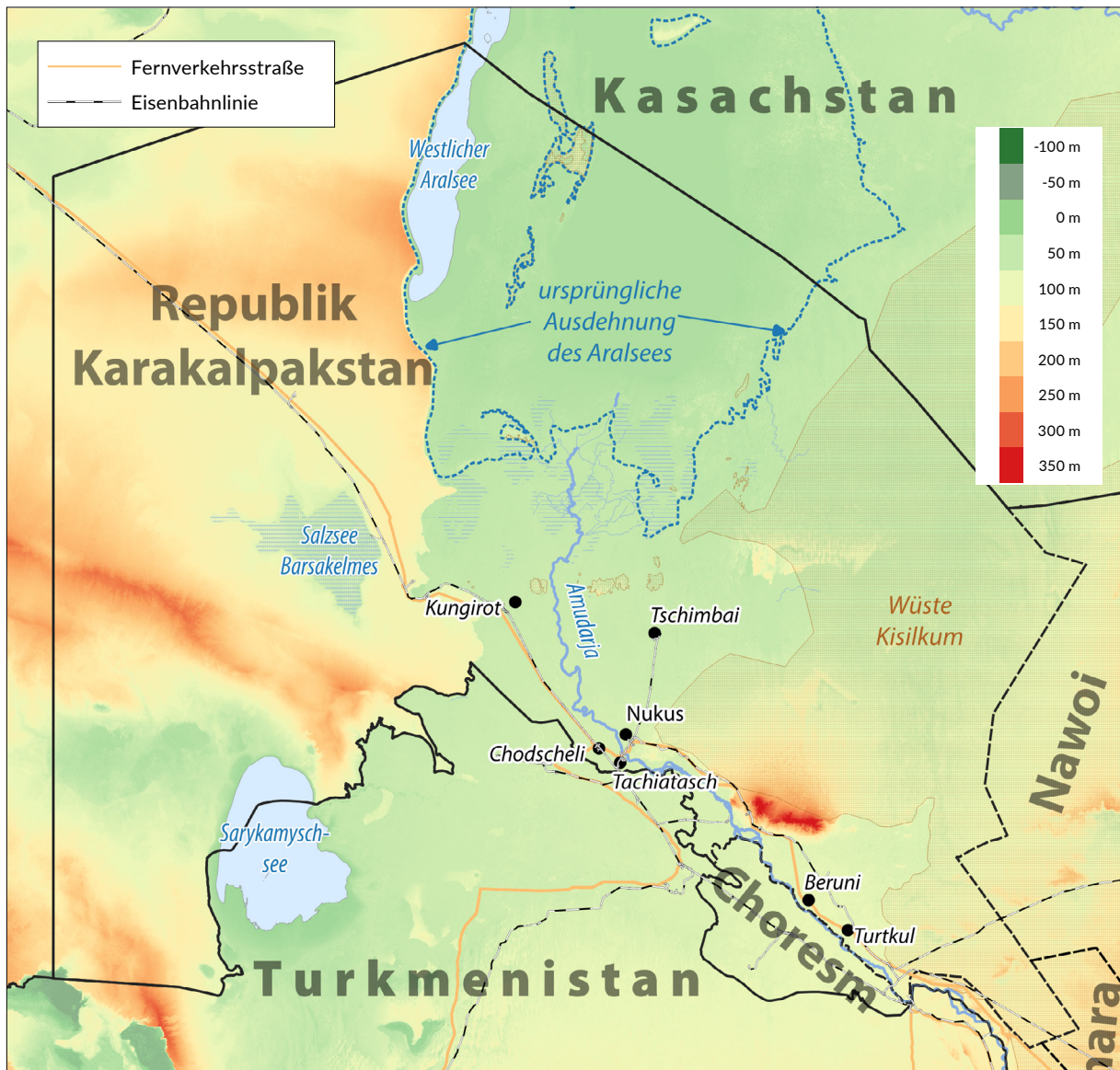
12 = Taschkent

13 = Choresm

14 = Republik Karakalpakstan

Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org/> und <https://tools.wmflabs.org>.

Karte 2: Republik Karakalpakstan, topografische Karte



Karten erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org/> und <https://tools.wmflabs.org>, sowie Satellitendaten (NASA/METI/AIST/Japan Spacesystems and U.S./Japan ASTER Science Team (2019). ASTER Global Digital Elevation Model NetCDF V003 . NASA EOSDIS Land Processes DAAC. Accessed 2022-10-11 from https://doi.org/10.5067/ASTER/ASTGTM_NC.003. Accessed October 11, 2022.)

Berg-Badachschan und Tadschikistans stille Abkehr vom Westen: Blutiges Ende der »ismailitischen Intervention«?

Von Nurdil Aksenova

DOI: 10.31205/ZA.154.02

Zusammenfassung

Die gewaltsame Niederschlagung der Proteste im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBO) markiert einen grausamen Tiefpunkt der Repressionen gegen die Pamir-Minderheit in Tadschikistan. Der Beitrag unternimmt eine Einbettung der aktuellen Entwicklungen in Berg-Badachschan in die aktuelle globalpolitische Gesamtlage und beleuchtet die Folgen der autoritären Unterdrückung von NGOs, die nach Russland und Belarus nun auch in Tadschikistan ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Während »der Westen« zunehmend Anknüpfungspunkte in Zentralasien verliert verfolgt Präsident Emomali Rachmon weiter eine autoritäre Konsolidierung seines Regimes in einer der letzten Regionen des Landes, die bislang noch nicht unter der vollständigen Kontrolle Duschanbes stand.

Eine lange Geschichte der Repression

Mai 2005, Andijon, Usbekistan: Nach Protesten gegen die usbekische Regierung eröffnen Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstrant:innen, wobei schätzungsweise 400 bis 600 Menschen getötet werden. Die EU erlässt schließlich Sanktionen gegen das damalige Regime von Islam Karimow, setzt das Partnerschaftsabkommen mit Usbekistan aus und verhängt ein Waffenembargo. Kurze Zeit später werden die Sanktionen jedoch wieder gelockert.

16 Jahre später und 800 Kilometer weiter südlich im Dorf Tavdem:

Gulbiddin Ziyobekow, ein Bewohner Berg-Badachschans und »lokaler Anführer« wird während seiner Festnahme im November 2021 erschossen. Etliche Monate zuvor hatte es einen Streit zwischen ihm und dem Bezirksstaatsanwalt gegeben, als dieser eine Frau belästigt haben soll. Tausende Menschen protestieren in GBO gegen die regelrechte Hinrichtung Ziyobekows. Die Regierung in Duschanbe lässt hierauf das Internet kappen. Die langen Winter im Pamir sind ohnehin gekennzeichnet von gekappten Straßenverbindungen und anhaltenden Stromausfällen. Nun patrouillieren Soldaten aus anderen Landesteilen in den Gassen Chorughs, Ausländer:innen wird der Zugang zur Region verwehrt und Berichte über regelmäßige Razzien dominieren das Leben und das Internet bleibt bis zum Nowruz-Fest im März noch gekappt. Die tadschikische Regierung fordert immer wieder verschiedene informelle lokale Anführer auf, sich den Sicherheitskräften zu stellen. Zu diesen Anführern gehört u. a. Mahmadbokir Mahmadbokirov, der als ehemaliger Warlord seit der Zeit des tadschikischen Bürgerkrieges großen Einfluss auf die pamirische Bevölkerung von GBO ausübte. Andere informelle Anführer aus GBO sind in lokale Drogengeschäfte verwickelt oder Teile von Netzwerken mit der pamirischen Diaspora in Moskau.

»Sie haben uns gebrochen«, berichtet eine Bewohnerin Chorughs über eine gesicherte Telefonleitung.

Pünktlich zum Nowruz-Fest, im März 2022, geht Berg-Badachschan wieder online, die Regierung verspricht eine Untersuchung des Todes von Ziyobekow. Zwischen März und Mai 2022 kehrt eine angespannte Ruhe in die Region ein: Im Staatsfernsehen laufen bereits seit Monaten Dokumentationen über kriminelle Gruppen im Pamir und die Präsenz von Sicherheitskräften bleibt insbesondere in Chorugh hoch. Duschanbe rechtfertigte das Vorgehen in GBO schließlich mit einem Narrativ von angeblich »kriminellen Gruppierungen«, die versucht hätten die staatliche Ordnung Tadschikistans anzugreifen. Zur Untermauerung dieses Narratives werden auch offensichtlich erzwungene »Geständnisse« von verhafteten pamirischen Anführer:innen im Staatsfernsehen ausgestrahlt: Die Inhaftierten gestehen vor laufenden Kameras entweder ihre Involvierung in den lokalen Drogenhandel oder dass sie von westlichen Staaten instruiert worden seien, in Tadschikistan Unruhe zu stiften. Viele Pamiris fühlen sich von der eigenen Regierung stigmatisiert, andere beklagen den Tod oder die Festnahme von eigenen Familienmitgliedern und Bekannten. Nachdem auch die versprochene Aufklärung der Regierung zu Ziyobekows Tod und den Ereignissen im November 2021 ausbleibt, entflammen im Mai 2022 in Chorugh neue Proteste.

Tausende Demonstrant:innen gehen erneut auf die Straße woraufhin Duschanbe das Internet erneut kappen lässt. Die Lokalbehörden reagieren mit Gewalt, Sicherheitskräfte schießen auf Demonstrierende. Eine Kolonne schweres Militärgerät rollt entlang des Pamir Highways von Duschanbe in Richtung Pamir. In Womar (Distrikt Ruschan) versuchen Bewohner:innen, bestehend teilweise aus lokalen Jugendlichen, die Schützenpanzer aufzuhalten. Was genau am 18. Mai 2022 in Womar passiert

bleibt unklar, GBAO ist zu dem Zeitpunkt quasi von der Außenwelt abgeschnitten. Offenbar kommt es zu einem Massaker in dem kleinen Ort, in sozialen Medien kursieren Bilder von Leichen, die auf der Ortsstraße liegen. Einige Pamiris vergleichen die Ereignisse in Womar mit dem Massaker von Butscha in der Ukraine. Nachdem das tadschikische Militär schließlich Chorugh erreicht kommt es zu einer massiven Verhaftungswelle in der Stadt. Berichte über verschwundene Personen häufen sich und am 22. Mai wird schließlich der oben genannte lokale Anführer Mahmadbokirow von Sicherheitskräften erschossen.

Hat Rachmon das Interesse an einer demokratischen Reputation verloren?

Die Zeit zwischen November 2021 und Mai 2022 stellt eine schwere Zäsur für den Pamir und für ganz Tadschikistan dar. Nie war es nach dem tadschikischen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren zu einem derartig brutalen Vorgehen von Sicherheitskräften gegen die Zivilbevölkerung gekommen. Trotz aller staatlichen Repressionen gegen oppositionelle bzw. islamische und islamistische Gruppierungen war Präsident Rachmon die längste Zeit seiner bisher 28-jährigen Präsidentschaft bemüht, dem Westen einen »demokratischen Weg« zu inszenieren. Noch 2012 behauptete Rachmon sein Ziel sei eine graduelle Demokratisierung Tadschikistan. Mit dem wachsenden Einfluss Chinas in Zentralasien und einer raschen Ablösung der westlichen Staaten als wichtigstem Geber durch die Volksrepublik seit dem Beginn der Belt and Road Initiative 2013 hat Rachmon im Laufe der 2010er Jahre schnell das Interesse an einem demokratischen Wandel verloren. Fraglich erscheint wie sehr ebenjener Wandel je ernsthaft angestrebt war, vielleicht sollte präzisierend eingeschoben werden: Rachmon hat im Laufe der 2010er Jahre das Interesse an einer demokratischen Reputation offensichtlich verloren. Verkörperte der Westen lange das Sinnbild für Wohlstand und liberale Demokratie, hat der Strom an nie dagewesenen Summen von konzessionsloser Entwicklungshilfe aus China dem einstigen Referenzpunkt den Rang abgelaufen.

Der schrittweise westliche Rückzug aus Tadschikistan

Zwischen dem Massaker von Andijon und den Ereignissen im Pamir 2021/22 hat sich der globalpolitische Kontext erheblich verändert. Der Westen verurteilte zwar das Massaker von Andijon und beschloss Sanktionen, diese wurden jedoch nach einigen Jahren wieder aufgehoben, da man Usbekistan (wie auch andere zentralasiatische Republiken) als verlässlichen Partner für den NATO-Einsatz in Afghanistan brauchte. Die westliche Politik gegenüber Usbekistan steht symbolhaft für den Kurs der EU und USA in Zentralasien. Ob die Niederschlagung von Ölarbeiteraufständen in Kasachstan, staatliche

Gewalt gegen Demonstrierende während Revolutionen in Kirgistan oder Inhaftierungen von islamischen und islamistischen Oppositionellen in Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan – einzelne Akte staatlicher Repression wurden vom Westen immer wieder verurteilt. Eine grundsätzliche Hinterfragung der autoritären Systeme Zentralasiens blieb aus, wurden Demokratie und Menschenrechte lange den größeren Interessen in Zentralasien untergeordnet: Frieden und Stabilität in Afghanistans nördlichen Anrainerstaaten. Über die 2010er Jahre sank die ohnehin geringe Präsenz des Westens in Zentralasien weiter. Nach den westlichen Sanktionen wegen des Massakers in Andijon mussten die USA auf Anweisung der usbekischen Regierung 2005 ihren Luftwaffenstützpunkt Karshi-Khanabad aufgeben. 2014 veranlasste die kirgisische Regierung auf russischen Druck hin die Schließung des US-Luftwaffenstützpunktes Manas (Bischkek), ein Jahr später gab die Bundeswehr den strategischen Lufttransportstützpunkt Termez in Südsibirien auf. Nachdem ab Mitte der 2010er deutlich wurde, dass der Westen und speziell Deutschland nicht mehr mit den Summen der Entwicklungshilfe aus China mithalten können, wurde eine schrittweise Reduzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralasien eingeleitet. So hatte sich die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Tadschikistan mit diversen Projekten engagiert und beispielsweise im Pamir bis 2017 gemeinsam mit dem ismailitischen Aga Khan Development Network (AKDN) die touristische Infrastruktur entwickelt. 2020 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den nahezu vollständigen Rückzug aller Projekte aus Zentralasien angekündigt, lediglich mit Usbekistan wolle man weiter entwicklungspolitisch zusammenarbeiten. 2019 wurde zudem das Büro des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Duschanbe geschlossen. Seitdem Zentralasien fester Bestandteil der neuen entwicklungspolitischen Einflussphäre Chinas ist, verbleibt die Kooperation zur Sicherung der afghanischen Grenze als einer der letzten nennenswerten Aspekte der Beziehungen zwischen Tadschikistan und dem Westen.

Autoritäres Misstrauen gegenüber NGOs

Während China mittlerweile das wichtigste Geberland und der wichtigste Investor in Tadschikistan ist, bleiben Belarus und Russland für Rachmon wichtige Referenzpunkte hinsichtlich eines autoritären Misstrauens gegenüber allen Formen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko sah hinter den Protesten in seinem Land im Jahr 2020 westliche NGOs als Drahtzieher, welche angeblich seine Herrschaft untergraben wollten. Nach der brutalen Niederschlagung der Proteste in Minsk machte Lukaschenko keinen Hehl aus seiner Verachtung für NGOs:

»Wir werden all den Abschaum massakrieren, den ihr, der Westen, finanziert habt«, so der Diktator Ende 2021. Auch Putin hegt eine offene Obsession mit westlichen NGOs. Über die 2010er Jahre wurden russische Anti-NGO Gesetze implementiert und dann schrittweise weiter verschärft: Seit 2012 können NGOs, die mutmaßlich aus dem Ausland finanziert werden, als »foreign agent« deklariert werden. Seit Juni 2022 kann das Gesetz sogar auf Einzelpersonen »unter ausländischem Einfluss« angewandt werden, ohne dass eine tatsächliche Finanzierung aus dem Ausland im Raum steht oder irgendwie nachgewiesen werden müsste. 2015 wurde schließlich auch in Tadschikistan in einem Akt »autoritärer rechtlicher Harmonisierung« das Gesetz »Über öffentliche Zusammenschlüsse« in einer Weise angepasst, die dem Staat weitreichende Befugnisse zur Kontrolle der finanziellen Aktivitäten von NGOs einräumt. Seit dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde einer Reihe von NGOs in Russland die Lizenz entzogen, neben bspw. Memorial und Human Rights Watch auch der ismailitischen Aga Khan Foundation. Der Stiftungsvorsitzende, Karim Aga Khan IV. ist der religiöse Führer der schiitischen Nizari-Ismailiten in Berg-Badachschan. Die Aga Khan Foundation ist ein wichtiger Akteur im tadschikischen Pamirgebirge, da sie in GBAO zahlreiche öffentliche Güter wie Infrastruktur für Gesundheit und Bildung bereitstellt. Wer durch die Gebietshauptstadt Chorugh spaziert, dem fallen die zahlreichen AKDN-Büros auf, ein bis zu seiner kürzlichen Zwangsverstaatlichung vom AKDN unterhaltener Stadtpark, der so auch in Mitteleuropa stehen könnte, sanierte Schulen und Spielplätze sowie seit 2018 auch der großangelegte Campus der University of Central Asia. Doch wie kam es zu der mächtigen Präsenz der Aga Khan Foundation in Chorugh und GBAO?

Von der Moskauer Versorgung zur ismailitischen Intervention

Im Pamirgebirge lebt die ethno-konfessionell nicht homogene Gruppe der Pamiris. Die meisten von ihnen sprechen verschiedene ostiranische Pamirsprachen sowie Tadschikisch als Zweitsprache, auf den Hochebenen leben außerdem Kirgisen. Im äußersten westlichen Bezirk von GBAO, Darvoz, sind die Bewohner:innen noch Sunnit:innen, während ab Wandsch bis in die Hochebenen Murghabs der ismailitische Glaube dominiert. Als die pamirische Regionalpartei »Lal-i-Badachschan« während des tadschikischen Bürgerkrieges am 9.12.1991 die Unabhängigkeit GBAOs erklärte, errichtete die tadschikische Zentralregierung eine 10 Monate andauernde Blockade der Region. Die Region, welche bereits zum Ende der Sowjetunion zu 85 % von Nahrungsmittelimporten aus anderen Teilen der UdSSR abhängig war, durchlebte während des transformations- und kriegsbedingten Nah-

rungsmittellengpasses eine schwere Hungerkrise. Um die Ursprünge der Abhängigkeit GBAOs von Lebensmittelimporten nachvollziehen zu können muss ein Blick in die Geschichte geworfen werden.

In der frühen Sowjetunion der 1920er Jahre stellte die sowjetisch-afghanische Grenze eine ideologische Bruchzone dar. Verschiedene ehemalige religiöse und politische Führer aus Zentralasien zogen sich auf die afghanische Seite vom Pandsch-Fluss zurück und versuchten von dort Einfluss auf die von den Sowjets beherrschte Bevölkerung auf der anderen Flussseite zu nehmen. Die sowjetische Regierung war daher an einer möglichst effektiven Grenzsicherung interessiert und war gerade im Pamir auf die Ortskenntnisse und die Kooperation der lokalen Bewohner:innen dieses schwer zugänglichen Gebiets angewiesen. Noch war der Pamir Highway nicht fertiggestellt und das Grenzgebiet nur schwer zu kontrollieren. Die Loyalität der Pamiris für die Sicherung der Grenze zu gewinnen war schwierig, da diese auf beiden Seiten des Grenzflusses Verwandtschaft hatten. Schließlich gelang der neuen Sowjetmacht die Einbindung der Region in den jungen Staat durch ein Versorgungsversprechen: Fortan wäre die Sicherstellung der Versorgung des Pamirs Aufgabe der sowjetischen Behörden. Durch den Bau des Pamir Highways 1932 gelangen zum ersten Mal massenhaft Waren in das schroffe und abgelegene Gebirge. Gleichzeitig brachte das landwirtschaftlich wenig nutzbare Pamirgebirge die sowjetischen Agrarkonzepte an seine Grenzen: Während in der Region anfangs noch ein Netzwerk von Kolchosen und Sowchosen aufgebaut wurde, sank ihre Zahl über die Jahrzehnte kontinuierlich. Im Bezirk Murghab war die örtliche Kolchose auf Futtermimporte aus Südkirgistan angewiesen, damit diese ihre vorgegebenen Sollziele erreichen konnte. Weite Teile des Pamirs wurden zu einer Art »Agrarsimulation«: Während halbherzig noch einige wenige Kolchosen in Betrieb blieben waren die Zeiten der Subsistenzlandwirtschaft endgültig vorbei. In einem Staat, dessen Selbstbild flächendeckend gleichwertige Lebensbedingungen und die Abwesenheit von Arbeitsmigration war, genossen die Pamiris einen teils hohen Lebensstandard, der jedoch völlig entkoppelt war von den ökonomischen Potenzialen ihrer naturräumlichen Realität. Berg-Badachschan war als Autonome Oblast auch zu Sowjetzeiten bereits nur mit einer Genehmigung passierbar, sogar die Bewohner:innen der Region benötigten selbst ein Visum, um z. B. nach einem Aufenthalt in Duschanbe wiedereinzureisen. Offiziell begründet wurde das strenge Zutrittsregime mit der Grenzlage des Gebiets. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass die sowjetische Führung den vergleichsweise hohen Lebensstandard in GBAO vor der breiteren Bevölkerung der Tadschikischen SSR möglichst verborgen halten wollte. Das Gebiet stand ab den 1960er Jah-

ren unter »Moskowskoje Obespetschenije«, der Moskauer Versorgung. Die Anthropologin Madeleine Reeves beschrieb die »Moskowskoje Obespetschenije« nicht nur als eine Form der materiellen Versorgung, sondern auch als eine Art »ästhetische und kulturelle Verbindung« zu Moskau. Entsprechend ist die Reputation Moskaus und Russlands allgemein im Pamir bis zuletzt durchaus gut gewesen und viele Pamiris sprechen für die interethnische Kommunikation lieber Russisch als die Landessprache Tadschikisch. Ein wiederkehrendes Gesprächsthema im Feld ist das pamirische Selbstbild, laut dem man deutlich besser auf ein Leben in Moskau vorbereitet sei, als »die ungebildeten Menschen in Duschanbe oder Kulob.« Viele Bewohner:innen von GBAO sprechen Putin eine pro-pamirische Haltung zu, weshalb er Rachmon regelmäßig davon abhalte, rabiat gegen die Bevölkerung der Region vorzugehen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der mit der Pamir-Blockade am Anfang des tadschikischen Bürgerkriegs einherging, brachte GBAO unsanft in die postsowjetische Realität der Marktwirtschaft. Der Beginn der Hungersnot markierte das Ende der Ära, in der die Region Jahrzehnte lang extern versorgt wurde.

Im Oktober 1992 erreichten Mitarbeiter:innen der Aga Khan Foundation schließlich Chorugh, was den Beginn der »ismailitischen Intervention« einläutete. Die Stiftung übernahm über die Jahre zahlreiche Bereiche der staatlichen Daseinsfürsorge und transformierte die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen. Heute, nach drei Jahrzehnten Stiftungsengagement, ist die ismailitische Organisation ein wichtiger Akteur in der Region. Bartosz Stanislawski argumentiert dafür, dass die Aga Khan Foundation einige Parallelen zu einem echten Nationalstaat aufweist, nachdem sie derartig viele Aspekte einer politischen Regierung übernommen hat. Neben der Bereitstellung materieller Hilfe hat die Aga Khan Foundation in GBAO auch Vorstellungen von Zivilgesellschaft und Staat beeinflusst. Die Gemeinschaft der Pamiris wurde durch die Aga Khan Foundation mit anderen Ismailit:innen auf der Welt u. a. im Vereinigten Königreich, Kanada oder Pakistan verbunden, aber auch intern neu strukturiert. So förderte die Stiftung auf der lokalen Ebene Community-Building-Prozesse und schuf so neue zivilgesellschaftliche Strukturen im Pamir. Dem entsprechend bleibt auch die Ästhetik des Widerstands bei den jüngsten Unruhen bemerkenswert. Zwischen den beiden Konflikten im November 2021 und Mai 2022 forderten Demonstrierende mit Transparenten ein Ende der Stigmatisierung der Pamiris als kriminelle Gruppe, eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse und ein Ende der Repressionen. In Anbetracht dessen, dass dieser Widerstand einen Steinwurf von Afghanistan entfernt in einer der entlegensten Gebiete Zentralasiens stattfindet, sind das bemerkenswert konstruktive Forderungen,

die prowestlichen Protesten in anderen Nachbarstaaten der ehemaligen Sowjetunion nahekommen. Die anschließende Eskalation der Proteste fand im Westen wenig mediale Beachtung. Teilweise wurden sogar Pressemitteilungen des tadschikischen Innenministeriums übernommen, die dann – wie im Falle von NTV – ein erheblich verzerrtes Bild der Lage vor Ort wiedergaben:

Nun sind bei einem Militäreinsatz im Osten des Landes (Tadschikistan) neun Menschen getötet und 24 verletzt worden. Wie das Innenministerium mitteilt, wurden acht Mitglieder einer »illegalen bewaffneten Gruppe« getötet und elf weitere verletzt. (...) Mehr als 70 Mitglieder einer »terroristischen Gruppe« wurden demnach festgenommen. Rund 200 Mitglieder der Gruppe sollen zuvor eine Straße zwischen der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe und Chorugh, der Hauptstadt der Autonomen Region Gorno-Badachschan, unweit der Grenze zu Afghanistan blockiert haben. (https://www.n-tv.de/der_tag/Tote-bei-Militaereinsatz-in-Ex-Sowjetrepublik-Tadschikistan-article23343188.html)

Hier handelt es sich vermutlich um genau das Narrativ, welches die tadschikische Regierung in der Welt verbreiten möchte: Kriminelle Gruppen an der afghanischen Grenze stiften Chaos und stellen ein Sicherheitsrisiko dar.

Doch was sind die Motive für das rabiate Vorgehen der Sicherheitskräfte im Pamir?

Sieht Duschanbe in GBAO eine echte Gefahr für die Stabilität Tadschikistans? Der tadschikische Bürgerkrieg endete 1997 mit einem Abkommen zwischen der tadschikischen Regierung unter Emomali Rachmon und der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) unter der Führung von Said Abdulloh Nuri. Das Abkommen räumte der Opposition eine dauerhafte Regierungsbeteiligung ein. Die wichtigsten Gruppen der VTO waren die Islamische Wiedergeburtspartei (IRPT), die Demokratische Partei sowie Lal-i-Badachschan (die Unabhängigkeitspartei GBAOs). Rachmon hat seine Macht seitdem weiter konsolidiert und entgegen des Abkommens die Opposition schrittweise aus der Regierung verdrängt, bevor die IRPT 2015 ganz verboten wurde. Hinsichtlich der möglichen Motive Rachmons, die Situation im Pamir derartig eskalieren zu lassen, fallen insbesondere die informellen Anführer bzw. ehemaligen Warlords wie Mahmadbokir Mahmadbokirov auf. Der Einfluss dieser informellen Anführer erstreckt sich über von Wechselseitigkeiten wie Loyalität und Verwandtschaft geprägte Netzwerke, die jederzeit mobilisiert werden können. Lange schien es so, als würden sich die Zentralregierung und die entsprechenden informellen Anführer, frei nach dem Motto »leben und leben lassen«, aus dem Weg gehen. Das offensive Vorgehen der Regierung gegen die Pamiris lässt darauf schlie-

ßen, dass diese Zeiten endgültig vorbei sind und sich Duschanbe eine vollständige Kapitulation bzw. Liquidierung dieser Personen wünscht. Hierfür gibt es offenbar auch Rückendeckung aus Moskau, aus dessen Diaspora in den letzten Monaten vermehrt Pamiris nach Tadschikistan abgeschoben bzw. ausgeliefert wurden.

Im Bereich der Spekulationen liegt die mögliche Rolle von Drogengeschäften. GBAO liegt auf einer der wichtigsten Drogenrouten von Afghanistan nach Russland und Europa und es wurde lange vermutet, dass die Regierung in Duschanbe durch informelle Abkommen mit entsprechenden Warlords an den Geschäften beteiligt ist. Möglicherweise ist der Drogenfluss durch die Region nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan derart stark geworden, dass die tadschikische Regierung einen zu großen Machtgewinn der lokalen Anführer fürchtet, wenn diese weiterhin ungestört ihren Geschäften nachgehen könnten. Eine weitere Erklärung könnte in einer möglichen Amtsmüdigkeit Rachmons liegen. Rachmons Sohn Rustam, der aktuell dem Senat vorsitzt und Bürgermeister von Duschanbe ist, gilt als wahrscheinlicher Nachfolger. Mit der Zerschlagung der lokalen Machtstrukturen in GBAO hat die tadschikische Regierung die letzte Region des Landes unterworfen, die zuvor noch nicht unter ausschließlicher zentralstaatlicher Kontrolle stand. Das harte Vorgehen im Pamir könnte also auch eine Art Präventivschlag sein, um möglichen Instabilitäten während eines bevorstehenden Machtwechsels im Präsidentenamt vorzubeugen. Nachdem Russland 2014 die Krim annektiert hat mehrten sich Stimmen, die Putin ein Manöver zur Ablenkung von innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Problemen Russlands unterstellten. Als stark remissenabhängiger Staat durchlebt Tadschikistan bereits seit der Corona-Pandemie massive Steigerungen von Lebensmittelpreisen und eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Der russische Angriffskrieg und die indirekten Folgen westlicher Sanktionen gegen Russland haben die sozioökonomische Situation im Land weiter verschärft. Die Eskalation in GBAO im November 2021 sowie Mai 2022, aber auch die jüngsten Angriffe Tadschikistans auf kirgisches Territorium im Ferghana-Tal nähern den Verdacht, dass Rachmon wie Putin 2014 einen »Rally-around-the-Flag«-Effekt hervorrufen möchte, bei dem sich große Teile der Bevölkerung angesichts von inneren wie äußeren Bedrohungen hinter die staatliche Führung stellen.

Das Verhältnis zwischen der Aga Khan Foundation und Russland sowie Tadschikistan ist in den vergangenen Jahren von Schwankungen geprägt. Über die 2010er Jahre versuchte der Aga Khan gute Beziehungen zu Präsident Rachmon und zur russischen Regierung zu wahren. Noch 2017 bezeichnete der russische Außenminister Sergej Lawrow den Aga Khan als »guten Freund«. Mit dem Verbot der Aga Khan Foundation in Russland

wird auch die Stiftungstätigkeit im Pamir schwieriger. Im Juni drohte das Bildungsministerium in Duschanbe der University of Central Asia die Lizenz zu entziehen. Bei Razzien in Chorugh wurden über den Sommer Listen von Personen erstellt, die für NGOs arbeiten, insbesondere die Aga Khan Foundation. Die aus dem Pamir stammende Journalistin Ulfathonim Mamadschoewa äußerte während eines live im Staatsfernsehen gesendeten erzwungenen Geständnisses, sie hätte die Kundgebungen in Chorugh organisiert und zudem Tausende Dollar von einer gemeinnützigen Medienentwicklungsorganisation aus Kalifornien erhalten. Zudem wurden Bilder im Fernsehen gezeigt, wie sie sich in Duschanbe mit einem Mitarbeiter der US-Botschaft trifft. Es spricht also einiges dafür, dass Rachmon im Westen mittlerweile eine destruktive Kraft sieht, welche seine Macht gefährdet. Zynischerweise wurde die Niederschlagung der Proteste im Pamir im Mai 2022 als »Spezial-Antiterror-Operation« bezeichnet.

Fazit

Die Niederschlagung der Proteste in GBAO markiert einen Tiefpunkt der staatlichen Repression gegen die pamirische Minderheit, nachdem die eigentliche Opposition im Land schon die Jahre zuvor systematisch ausgeschaltet wurde. Präsident Rachmon hat im Verlauf der 2010er Jahre eine ähnliche Aversion gegenüber NGOs entwickelt, wie sie sich zuvor in Russland und Belarus durch eine entsprechende Gesetzgebung zur Unterdrückung der organisierten Zivilgesellschaft manifestiert hat. Während Moskaus Image unter der Bevölkerung im Pamir lange Zeit durchaus positiv war und Russland als Schutzmacht für den Pamir betrachtet wurde, ist es nun Putin selbst, der die humanitären Tätigkeiten der Aga Khan Foundation und anderer für Ismailiten engagierte NGOs untergräbt. Die Aga Khan Foundation hat die ehemals sowjetische Daseinsfürsorge in GBAO übernommen und die lokale Zivilgesellschaft nach den Vorstellungen des Aga Khan gestärkt und transformiert. Die zunehmenden Repressalien Rachmons gegen die Region sowie die staatlichen Angriffe auf die Strukturen der AKDN fallen in eine Zeit, in welcher der Westen sein Engagement in Zentralasien zurückfährt und Russland mitten in Europa einen Angriffskrieg führt. Die westlich geprägte Aga Khan Foundation ist dabei nur ein weiteres Opfer seit dem Rückgang des westlichen Einflusses und dem Erstarken Chinas in Zentralasien. GBAO stehen möglicherweise schwere Zeiten bevor. Präsident Rachmon wird seinen Kurs unbeirrt fortsetzen und weiter jegliche Form von Opposition und möglicher Abweichung von seiner innenpolitischen Linie auslöschen. Sein Sohn Rustam wird diesen Kurs aller Wahrscheinlichkeit nach weiterführen.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

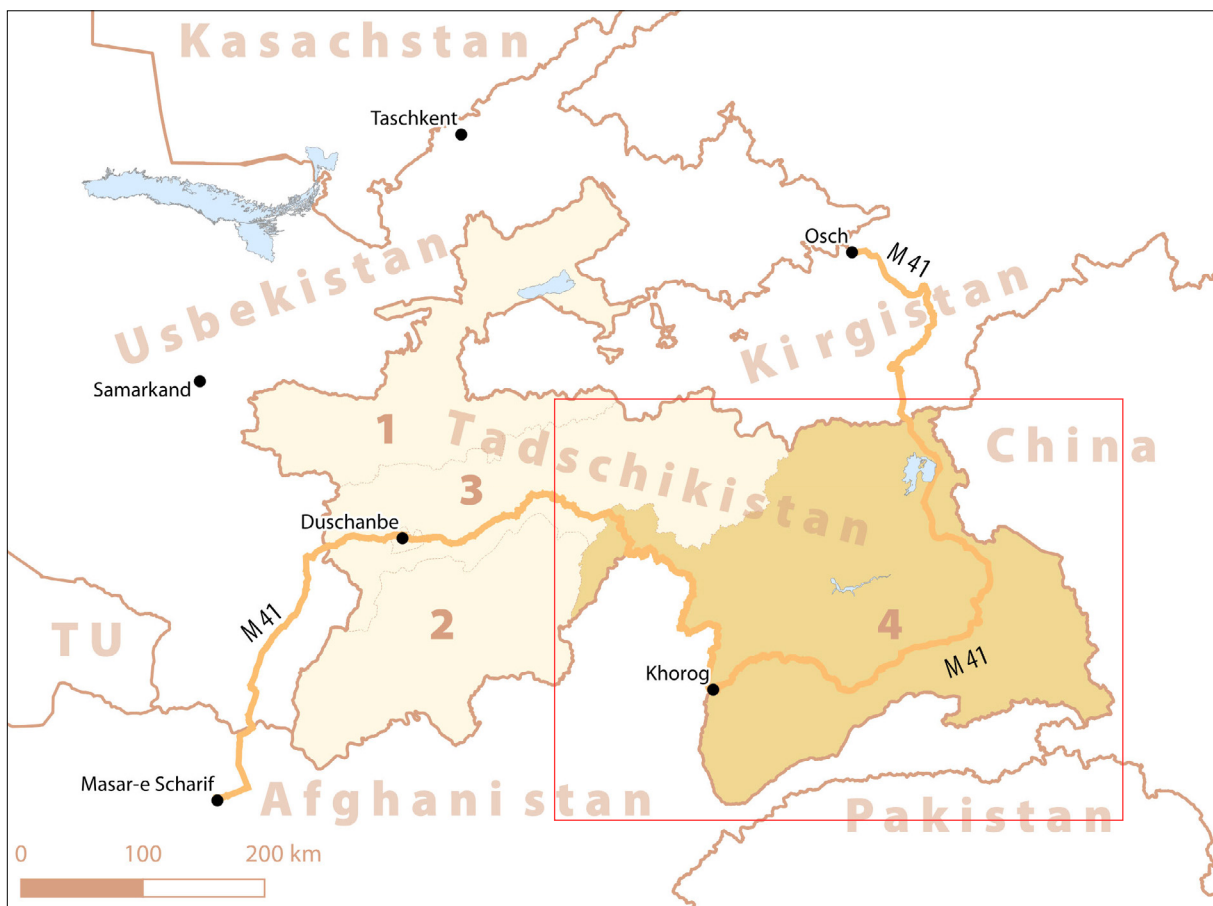
Lesetipps

- Lemon, Edward und Oleg Antonov. "Authoritarian legal harmonization in the post-Soviet space." *Democratization*, vol. 27, no. 7, 2020, pp. 1221–1239
- Mostowlansky, T. (2017). *Azan on the moon: Entangling modernity along Tajikistan's Pamir Highway*. University of Pittsburgh Press
- Reeves, Madeleine. 2014. *Border Work: Spatial Lives of the State in Rural Central Asia*. Ithaca: Cornell University Press.
- Stanislawski, B. H. (2008). Para-States, quasi-states, and black spots: Perhaps not states, but not "ungoverned territories," either. *International Studies Review*, 10[2], 366–396.

KARTE

Tadschikistan und das Autonome Gebiet Berg-Badachschan

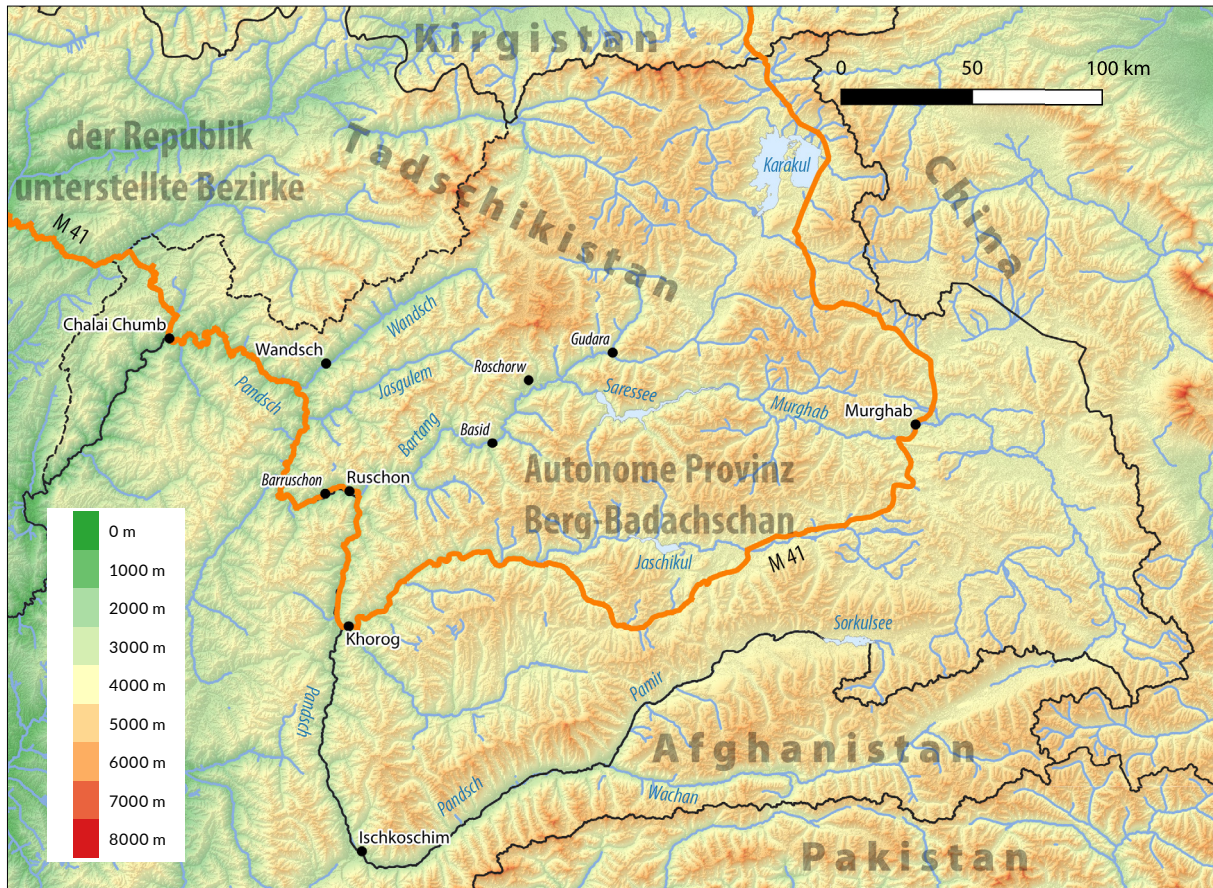
Karte 1: Tadschikistan und die Nachbarländer



Karte 2 (topografische Karte Berg-Badachschan) auf S. 13

TU = Turkmenistan, 1 = Gebiet Sughd (Tadschikistan), 2 = Gebiet Chatlon (Tadschikistan), 3 = der Republik unterstellt Bezirke (Tadschikistan), 4 = Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (Tadschikistan)

Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org/> und <https://tools.wmflabs.org>.

Karte 2: Berg-Badachschan (GBAO/VMKB): topografische Karte (Höhenrelief)

Karten erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org/> und <https://tools.wmflabs.org>, sowie Satellitendaten (NASA/METI/AIST/Japan Spacesystems, and U.S./Japan ASTER Science Team (2019). ASTER Global Digital Elevation Model Attributes NetCDF V003. NASA EOSDIS Land Processes DAAC. Accessed 2020-05-18 from https://doi.org/10.5067/ASTER/ASTGTM_NUMNC.003. Accessed May 18, 2020).

Papst Franziskus in Kasachstan – Religionsdiplomatie auf steinigem Gelände

Von Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin)

Vom 13. bis 15. September 2022 lud die Regierung Kasachstans die Führer der Welt- und traditionellen Religionen nach Nur-Sultan ein. Zum bereits siebten Mal fand der Kongress statt, dessen erklärte Ziele die »Suche nach universellen Bezugspunkten in den Weltreligionen und den traditionellen Formen der Religionen« sowie »die Einrichtung einer ständigen internationalen interreligiösen Institution für den Dialog zwischen den Religionen und die gemeinsame Entscheidungsfindung« sind. Der Kongress wurde 2003 auf Initiative des Vatikans und des damaligen kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew begründet und trifft sich seitdem etwa alle drei Jahre. Teilnehmer:innen sind meistens Delegationen von hochrangigen Religionsvertreter:innen der römisch-katholischen Kirche, verschiedener orthodoxer Kirchen, des Islams, des Judentums, Buddhismus, Hinduismus, Daoismus sowie Vertreter:innen verschiedener internationaler Gremien des Dialogs von Religion und Politik. Die Treffen enden jeweils mit einer Deklaration, die in der Regel in der diplomatischen Sprache von Konsenspapieren die Religionen und alle religiösen Menschen zum Beitrag für Frieden und Verständigung aufrufen.

Der Kongress ist in der Weltöffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen worden. Dies mag zum einen an seinem deklarativen Charakter liegen, der besonders die Selbstdarstellung Kasachstans als Land der interreligiösen und interethnischen Toleranz betont, die in der Europa- und Nordamerika-zentrierten Nachrichtenwelt jedoch kaum Aufmerksamkeit erhält. Vor allem aber verzeichnet der Kongress keine bemerkenswerten Fortschritte bei der Abwendung oder Lösung religiös aufgeladener Konflikte in der ganzen Welt und ist daher bisher auch kaum als relevanter Akteur der internationalen Friedensvermittlung oder Konflikttransformation in Erscheinung getreten.

Im Herbst 2022 sollte sich jedoch beides ändern. Bereits im Sommer wurde klar, dass der Kongress vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine eine besondere Relevanz erhalten kann. Einerseits hat der Krieg eine deutliche religiöse Komponente, da die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) Russlands Kriegsideologie nicht nur ausdrücklich unterstützt, sondern mit dem Narrativ eines »metaphysischen Kampfes« selbst zu dieser beiträgt und die zahlreichen Opfer des Krieges damit legitimiert. Die ROK hatte in den Vorjahren meist eine große Delegation zu dem Kongress geschickt, die orthodoxe Bevölkerung Kasachstans

gehört zur Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats. Andererseits hatte der Vatikan bereits im Sommer angekündigt, dass Papst Franziskus in diesem Jahr die Delegation des Vatikans anführen würde und damit die globale Aufmerksamkeit auf den Kongress gelenkt. Papst Franziskus ging bis Ende August davon aus, dass auch Patriarch Kirill, der Primas der ROK, nach Nur-Sultan reisen würde und setzte daher große Hoffnungen auf das Treffen mit dem russischen Kirchenoberhaupt zugunsten einer Vermittlungschance im Ukrainekrieg. Eine Teilnahme ukrainischer Religionsvertreter:innen war nicht geplant, in früheren Jahren gab es einzelne Vertreter in der Delegation der ROK. Grundsätzlich war der Kongress – anders als die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen Anfang September in Karlsruhe – nicht ausdrücklich mit dem Thema des Krieges in der Ukraine befasst, der in den Ansprachen daher auch nur eine marginale Rolle einnahm.

Bereits im Vorfeld war das geplante Treffen von Papst Franziskus und Patriarch Kirill stark umstritten. Die vatikanische Diplomatie war seit Februar 2022 immer wieder in die Kritik geraten, da Papst Franziskus weder die russische Aggression gegen die Ukraine noch den Beitrag der ROK zu deren Legitimation jemals deutlich angesprochen hatte. Zu allgemein gehaltenen Verurteilungen von Krieg und Gewalt sowie zahlreichen Mitleids- und Solidaritätsbekundungen mit der zu Unrecht überfallenen Ukraine gesellten sich Äußerungen, die eine Mitschuld der NATO andeuteten und einer klaren Benennung des Aggressors immer wieder auswichen. Darüber hinaus hatte der Papst mehrfach in einer Weise mit der Kirchenführung in Moskau kommuniziert, die es der russischen Seite erlaubte den Vatikan als gleichgesinnten Gesprächspartner darzustellen. Während der Papst keine der nachdrücklichen Einladungen in die Ukraine angenommen hatte, suchte er gleichzeitig aktiv nach Möglichkeiten für ein persönliches Treffen mit Präsident Putin oder Patriarch Kirill.

Die Reise nach Kasachstan sollte dieses Treffen endlich stattfinden lassen. Während der Papst darauf hoffte, Kirill ins Gewissen reden zu können, fürchteten Beobachter:innen neue Bilder eines freundlichen Austausches der Kirchenführer und nichtssagende Erklärungen, welche die russische Seite dann wiederum als Rechtfertigung der eigenen Position sowie Demonstration ihrer hervorgehobenen Rolle unter den Weltreligionen präsentieren könne. Beide Erwartungen wurden durch die Absage von Patriarch Kirill Ende August zunichte

gemacht. Im Falle des Vatikan sorgte die Absage für eine gewisse Ent-Täuschung, da aus dieser deutlich wurde, dass die Kirchenleitung in Moskau kein Interesse an einem vermittelnden Gespräch mit dem Papst hat. In den Tagen nach der Absage Kirills veröffentlichte der Vatikan erstmals eine deutliche Verurteilung des Angriffskrieges, in der die Aggression Russlands auch unmissverständlich als solche benannt wurde.

Papst Franziskus reiste dennoch am 13. September nach Nur-Sultan. Er nahm an den Sitzungen des Kongresses teil, hielt mehrere Ansprachen, feierte Gottesdienst mit der kleinen katholischen Gemeinschaft in Kasachstan und traf sich mit Vertreter:innen der Weltreligionen. In keinen seiner Reden, die er während seines Aufenthaltes in Nur-Sultan gehalten hat, unternahm Franziskus eine deutliche Bewertung der Rolle Russlands oder der ROK im Krieg gegen die Ukraine. Eine ähnliche Haltung zeigte er während der katholischen Messe mit 7000 Gläubigen am 14.9. mit Hinsicht auf den wiederaufgeflamten Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Auch mit Bezug auf China vermied der Papst kritische Aussagen. Zuvor haben Sprecher des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, der sich zeitgleich mit Franziskus zu einem Besuch in Nur-Sultan aufhielt, einem möglichen Treffen mit dem Papst eine Absage erteilt.

Mit seinen geäußerten Haltungen zu aktuellen Konflikten blieb Franziskus dem Neutralitäts-Prinzip vatikanischer Diplomatie treu. Alle Ansprachen wurden außerdem dem Umstand gerecht, dass verschiedene Religionen weltweit mit unterschiedlichen lokalen Konflikten konfrontiert sind, die eindeutige Bewertungen erschweren. Die bemühte Neutralität entspricht damit auch dem Anliegen des Kongresses, einen eurozentrischen Blick auf globale Krisen zu vermeiden.

Im Rahmen der Treffen mit Religionsvertreter:innen fand eine kurze Begegnung des Papstes mit der Delegation der ROK statt, die vom Vorsitzenden des kirchlichen Außenamtes, Metropolit Antonij von Volokolamsk, geleitet wurde. Die ROK hatte durch Botschaften von Patriarch Kirill und Metropolit Antonij die Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs betont und eine manipulative Informationspolitik im Krieg beklagt. Von dem sehr kurzen Gespräch mit dem Papst sind keine Inhalte verlautbart worden, die vatikanische Delegation machte aber deutlich, dass man weiter den Dialog mit Russland suchen möchte. In dieser Hinsicht hat der Kongress der Religionen also keine Veränderungen gebracht.

Eine zweite Dimension der Papstreise war der Besuch bei der kleinen katholischen Minderheit in Kasachstan. Weniger als 1 % der Bevölkerung bekennen sich zur katholischen Kirche, viele davon haben polnische oder deutsche Wurzeln. Die Kirchenleitung in Kasachstan gilt als ausgesprochen konservativ, unter den Bischöfen sind einige der größten Kritiker der ökumenischen und teilweise progressiven Haltung des Papstes. So ließ der Vikarbischof Athanasius Schneider, der sich während der Papstreise im Ausland befand, verlautbaren, die Teilnahme des Papstes an dem Kongress signalisiere eine falsche Gleichberechtigung der Religionen und verwische die einzige Wahrheit der katholischen Kirche. Kirchliche Vertreter in Kasachstan äußerten die Hoffnung, dass der Besuch des Papstes die Anziehungskraft der katholischen Kirche im Land erhöhen und so einen größeren Austausch mit der kasachstanischen Bevölkerung ermöglichen könnte.

Die Abschlusserklärung des Kongresses enthält eine Reihe von Krisendiagnosen und Selbstverpflichtungen der Religionsgemeinschaften, darunter den Beschluss zur Fortsetzung der interreligiösen Konferenz, zur Verbreitung der gemeinsamen Ergebnisse und ein umfassendes Einstehen der Religionen gegen den Missbrauch religiöser Argumente für kriegerische Konflikte und Hass. Die Vielfalt der Aspekte in der Deklaration spiegelt die zahlreichen Herausforderungen für Religionen in verschiedenen Weltregionen wider und läuft gleichzeitig Gefahr, dass jede Religion die Elemente betonen kann, die dem eigenen Weltbild am besten entsprechen. So betonten sowohl der Leiter des kirchlichen Außenamtes der ROK, Metropolit Antonij, als auch der kasachstanische Präsident Tokajew in ihren Abschlussreden die Notwendigkeit, eine Harmonie der unterschiedlichen Zivilisationen zu finden, während Metropolit Antonij die Bedeutung traditioneller moralischer Werte unterstrichen hat und ein Ende des Kampfes um »globale Hegemonie« forderte. Papst Franziskus hingegen hob besonders die Gemeinschaft der Menschheitsfamilie, den universalen Wert der Menschenrechte und das Verständnis des gerechten Friedens hervor. Der Besuch des Papstes in Nur-Sultan hat für einen Moment die weltweite Aufmerksamkeit auf den Kongress und die Bedeutung Kasachstans als Land der Begegnung gelenkt. Er hat aber auch deutlich gemacht, wie sehr sich die Perspektiven der Weltreligionen auf die aktuellen Konflikte unterscheiden und wie schwer ein wirklich gemeinsames Handeln angesichts dieser Unterschiede jenseits konsensueller Deklarationen ist.

Anmerkung der Redaktion: Das Parlament Kasachstans hat die Hauptstadt des Landes am 16.9.2022 offiziell von Nur-Sultan in Astana rückbenannt. Da sich die hier beschriebenen Entwicklungen auf einen Zeitraum kurz vor der offiziellen Umbenennung beziehen wird im Text der alte Name Nur-Sultan verwendet.

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Regina Elsner ist Theologin und seit September 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZOiS. Von 1998 bis 2005 studierte sie katholische Theologie in Berlin und Münster. Danach arbeitete sie bis 2010 als Projektkoordinatorin für die Caritas Russland in St. Petersburg. Von 2010 bis 2013 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ökumenischen Institut der Universität Münster im »Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus« tätig. In diesem Rahmen befasste sie sich mit den historischen und theologischen Aspekten der Auseinandersetzung der Russischen Orthodoxen Kirche mit der Moderne und schloss 2016 ihre Promotion zu diesem Thema ab. Am ZOiS untersucht Regina Elsner die sozialetische Haltung der Orthodoxen Kirchen in Osteuropa seit dem Ende der Sowjetunion mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Friedens- und Konfliktethik sowie der Gender-Thematik. Regina Elsner ist Co-Sprecherin der Fachgruppe Religion der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und Mitglied des PRO ORIENTE Steering Committee for the Orthodox-Catholic Dialogue.

KOMMENTAR

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Wirtschaftliche Fragen abseits politischer Blockbildung

Von Haiyun Ma (Frostburg State University)

Das 22. Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), das dieses Jahr am 15. und 16. September in Samarkand (Usbekistan) stattfand, markierte einen Wendepunkt: Während die Organisation bisher von einer gemeinsamen chinesisch-russischen Dominanz geprägt war, hat China nun eine stärkere Führungsrolle übernommen. Wie der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew in einem Artikel für die chinesische staatliche Zeitung *Global Times* schrieb, fiel das Gipfeltreffen in eine Zeit historischer Umbrüche, in der die Gefahren internationaler Entkopplung, Blockbildung und geopolitischer Konfrontation größer werden.

Vor dem Hintergrund von globalen Konflikten und politischen Zerwürfnissen steht die Tatsache, dass der Gipfel in der historischen Stadt Samarkand abgehalten wurde, für den Versuch, wieder an ältere Formen von Austausch und Kooperation anzuknüpfen. Der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Gipfel von Samarkand, nicht nur innerhalb der SOZ, als Ausgangspunkt für ein grundlegend neues Format der internationalen Interaktion dienen könne.

Mirsijojews Rede von einem »historischen Umbruch« dient als Erinnerung an regionale Machtdynamiken und die Entstehung neuer politischer Zusammenschlüsse seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Als Nachfolger der Sowjetunion trug die Russische Föderation durch die Initiierung einer Vielzahl von Zusammenschlüssen wie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) maßgeblich zur Reorganisation der geopolitischen Verhältnisse in Zentralasien und dem weiteren postsowjetischen Raum bei. Allerdings haben diese Zusammenschlüsse weder Frieden noch Wohlstand gebracht, während Konflikte die Beziehungen zwischen zahlreichen aktuellen und ehemaligen GUS-Mitgliedern bestimmen: Russland ist in die Ukraine einmarschiert, Aserbaidschan und Armenien führen Krieg um umstrittenes Territorium und zwischen Tadschikistan und Kirgistan flammen immer wieder Grenzkonflikte auf. Die von Mythen umrankte EAWU existiert hauptsächlich auf dem Papier und die OVKS hat zuletzt im Jahr 2012 mit Usbekistan ein Mitglied verloren, während sich die Organisation weder unter ihren sechs verbliebenen Mitgliedsstaaten noch darüber hinaus je großer Beliebtheit erfreut hat. So hat Armenien die OVKS zwar wiederholt gebeten, im Konflikt mit Aserbaidschan

zu intervenieren, doch nur beschwichtigende Antworten erhalten, die diplomatische Verhandlungen und eine friedliche Lösung mit Aserbaidschan anmahnen. In diesen Antworten spiegeln sich womöglich Sorgen vor einem Konflikt mit der Türkei und der Organisation der Turkstaaten, die im Südkaukasus und in Zentralasien zunehmend an Einfluss gewinnen.

Die von Russland dominierten eurasischen Zusammenschlüsse durchlaufen seitdem eine schrittweise Schwächung bis hin zu ersten Anzeichen von Desintegration. Die russische Invasion der Ukraine und daraufhin gegen Russland verhängte Sanktionen haben diese Prozesse weiter beschleunigt und zur Komplizierung regionaler Machtdynamiken beigetragen. Drei von fünf zentralasiatischen Staaten enthielten sich bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Annahme einer Resolution zur Verurteilung des russischen Überfalls auf die Ukraine, während Usbekistan und Turkmenistan einfach fernblieben, unmissverständliche Formen einer indirekten Kritik am russischen Neoimperialismus, der auch Zentralasien betrifft. Russlands Krieg in der Ukraine und vom Kreml unternommene Versuche zur Einschüchterung weiterer Länder haben die zentralasiatischen Staaten veranlasst, ihre historischen Verbindungen mit der Türkei zu erneuern als auch die Zusammenarbeit mit China und der SOZ zu intensivieren.

Laut Mirsijojew hat es die von China angeführte SOZ vermocht, Länder mit unterschiedlichen kulturellen und zivilisatorischen Codes, außenpolitischen Richtlinien und nationalen Entwicklungsmodellen zusammenzubringen, weshalb die Organisation für ihn als Vorbild erfolgreicher regionaler Zusammenarbeit den »Geist von Samarkand« verkörpert, einer seit der Antike für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Austauschbeziehungen bekannten Stadt, die exemplarisch für internationale Vernetzung und Kooperation steht. Auch der chinesische Präsident Xi Jinping hat mit dem Verweis auf den »Geist von Samarkand« während seiner Ansprache an das Gipfeltreffen eine rhetorische Verknüpfung zwischen antiker Seidenstraße und SOZ vorgenommen. »Samarkand«, so Xi Jinping, sei »bekannt als die Perle der Seidenstraße, erlebte den Glanz der antiken Seidenstraße, einer Route, die den Transport von Gütern, die Verbreitung von Wissenschaft und Technologie, die Interaktion von Ideen und die Integration verschiedener Kulturen auf dem eurasischen Kontinent entscheidend vorangebracht hat. Für uns, die Mitgliedsstaaten der SOZ, ist die antike Seidenstraße in unserem Stre-

ben nach Frieden und Entwicklung in der Tat bis heute eine historische Inspirationsquelle.« Ein Meinungsbeitrag der Redaktion von *Global Times* vergleicht den »Geist von Samarkand« mit dem »Geist von Shanghai«, der demnach eine Reihe von neuen Konzepten, Modellen und Normen umfasse, auf deren Grundlage in einer Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ein gleichberechtigtes Zusammenleben, multilaterale Mechanismen der Zusammenarbeit und eine Weiterentwicklung der globalen Ordnung gedacht werden können.

Aus Sicht des chinesischen Präsidenten entwickelt sich die SOZ zu einer konstruktiven Kraft im eurasischen Raum, die Stabilität, Entwicklung, Respekt und Gerechtigkeit fördert – ganz im Gegensatz zum russischen Überfall auf die Ukraine und der dadurch ausgelösten Instabilität. Sowohl Mirsijojew als auch Xi haben versucht, die SOZ in ihren Ansprachen als eine offene, inklusive, blockfreie und multilaterale Institution darzustellen, die als elementarer politischer und wirtschaftlicher Bestandteil einer globalisierten Welt nicht zu einem bloßen geopolitischen Werkzeug eurasischer Großmächte gemacht werden könne. Tatsächlich ist die SOZ nur schwer mit den meisten anderen regionalen Organisationen oder Formaten wie den zuvor genannten Zusammenschlüssen unter russischer Führung, der Europäischen Union, der Organisation der Turkstaaten, der Organisation für Islamische Zusammenarbeit oder dem Quadrilateralen Sicherheitsdialog (QUAD) vergleichbar, da diese an und durch geographische, ethnische, religiöse oder ideologische Faktoren gebunden sind. In dieser Alleinstellung der SOZ liegt auch die Erklärung dafür, warum sogar rivalisierende Länder, wie Aserbaidschan und Armenien, Indien und Pakistan, China und Indien, Iran und Saudi-Arabien, in der Rolle als Vollmitglieder oder Dialogpartner zusammen an den Gipfeltreffen der Organisation teilnehmen.

Der blockfreie Charakter der SOZ begünstigt die Intensivierung innereurasischer Handelsbeziehungen und den Ausbau transkontinentaler Konnektivität. Mit

dem Bau von Eisenbahnen, Straßen und anderen Transportsystemen trägt China zur Vernetzung des Kontinentes in ost-westlicher Richtung bei, u. a. durch den Eisenbahnkorridor von China über Kasachstan und Turkmenistan in den Iran. Eine weitere Zugstrecke ist zwischen dem Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang, Kirgistan und Usbekistan geplant. Mit dem Russland–Aserbaidschan–Iran–Indien-Korridor (*International North-South Transport Corridor*, INSTC) oder dem chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors (*China–Pakistan Economic Corridor*, CPEC) sind Mitglieder und Partner der SOZ auch am Ausbau der Nord-Süd-Konnektivität beteiligt. Die SOZ steht dabei für eine Vision, nach der wechselseitige Vernetzung in Form von Handelsbeziehungen nicht nur den geopolitischen Wettbewerb zwischen Großmächten entschärft, sondern auch zur Sicherheit der Region an sich beiträgt. Hierfür beispielhaft ist das Projekt einer geplanten Zugverbindung zwischen Termez, Masar-e Scharif, Kabul und Peschawar, das nicht nur von den direkt involvierten Staaten Usbekistan, Afghanistan und Pakistan vorangetrieben wird, sondern auch vom Zuspruch weiterer Mitglieder und Partner der SOZ lebt.

Bei der SOZ, die sich als blockfreie Organisation vor allem auf wirtschaftliche Fragen konzentriert, lässt sich die Frage nach der Effizienz nicht in derselben Weise stellen wie bei konventionelleren Zusammenschlüssen. An den Maßstäben anderer regionaler Organisationen oder Formate wie der EU oder QUAD gemessen erscheint die SOZ mehr wie ein »Teehaus« (*chaykhana*), wo in multilateraler Runde zumeist bilaterale Formen der Kooperation entstehen. Allerdings sind es genau dieser wirtschafts- und handelsfokussierte, blockfreie Charakter und die vermeintliche politische »Ineffizienz« der SOZ, die einen Beitritt für viele Länder attraktiv machen, die sich davon ökonomische als auch prestigebezogene Zugewinne versprechen.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

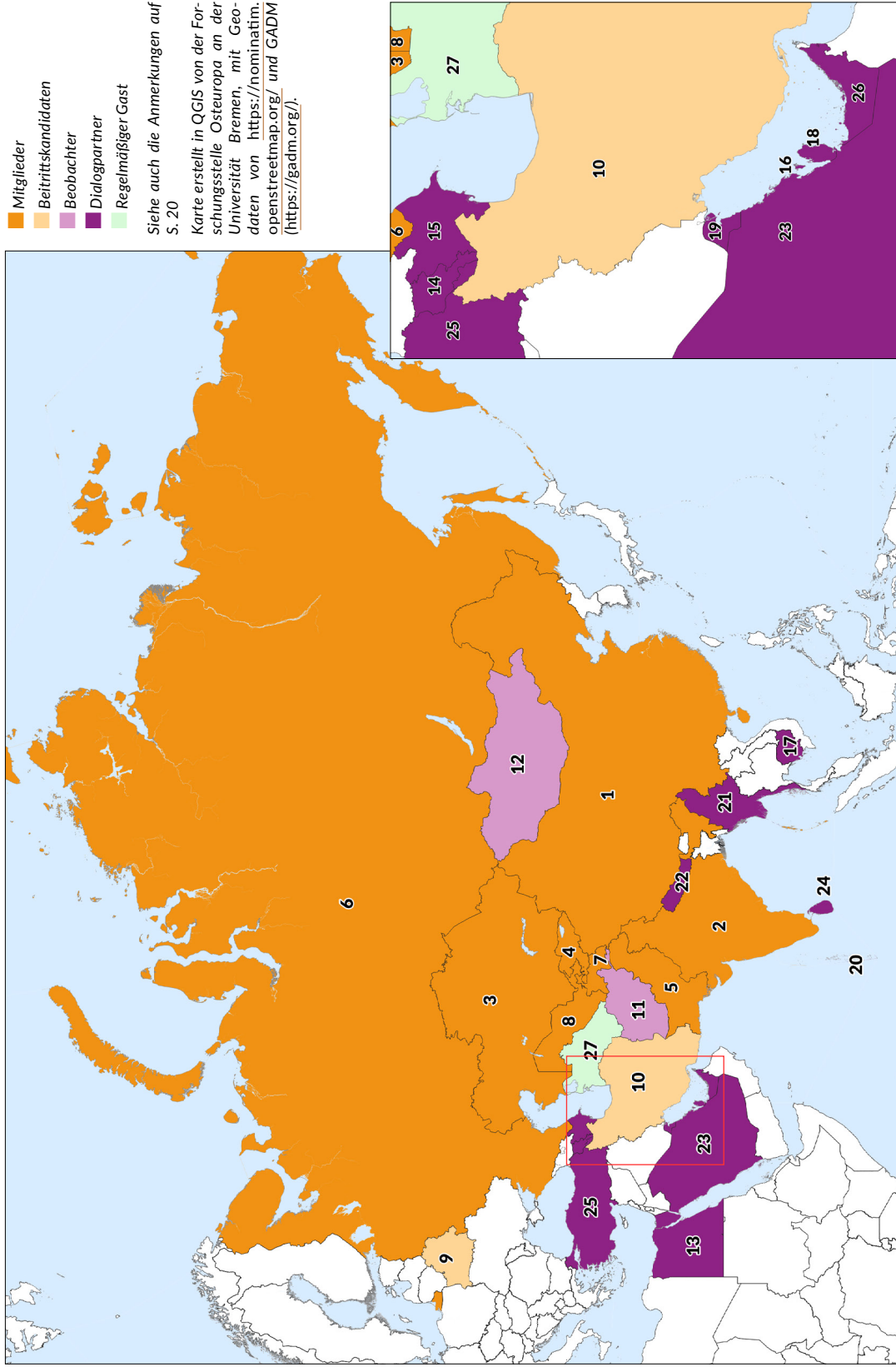
Über den Autor

Ma Haiyun ist außerordentlicher Professor am Institut für Geschichte der Staatlichen Universität Frostburg (Maryland, USA). Zu seinen Forschungsinteressen gehören der Islam, China und die Beziehungen Chinas zur islamischen Welt. Seine Artikel, Rezensionen und Kommentare sind u. a. in *Foreign Policy*, *Late Imperial China*, *Current Trends in Islamist Ideology*, *Journal of Muslim Minority Affairs*, *American Journal of Islamic Social Sciences* und *China Brief* erschienen. Er wird oft von Nachrichtenmagazinen um Kommentare zu Angelegenheiten gebeten, die China, Asien oder den Nahen Osten betreffen. Zitate von oder Interviews mit Ma sind u. a. in der *New York Times*, *The Washington Post*, *BBC*, *The Nation*, *Deutsche Welle* und *Associated Press* erschienen.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) nach dem Samarkand-Gipfel am 15. und 16. September 2022

KARTE

Karte 1: Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) nach dem Samarkand-Gipfel am 15. und 16. September 2022



Erläuterungen zur Karte auf S. 20

Kategorie	Nr. auf der Karte	Land	Anmerkungen
■ Mitglieder	1	China	
	2	Indien	Nach Gipfel Vorsitz von Usbekistan übernommen
	3	Kasachstan	
	4	Kirgistan	
	5	Pakistan	
	6	Russland	
	7	Tadschikistan	
	8	Usbekistan	
■ Beitrittskandidaten	9	Belarus	offizieller Beitrittsprozess am 16. September 2022 gestartet
	10	Iran	Absichtserklärung zum Beitritt am 15. September 2022 unterzeichnet
■ Beobachter	11	(Afghanistan)	de-facto-Regime der Taliban wird von der SOZ nicht anerkannt, seit der Machtübernahme der Taliban keine Einladung zu offiziellen Sitzungen
	12	Mongolei	
■ Dialogpartner	13	Ägypten	seit 16. September 2022
	14	Armenien	
	15	Aserbaidshan	
	16	Bahrain	Status erteilt am 16. September 2022, Unterzeichnung von Memorandum zur rechtlichen Annahme des Status ausstehend
	17	Kambodscha	
	18	Katar	seit 16. September 2022
	19	Kuwait	
	20	Malediven	Status erteilt am 16. September 2022, Unterzeichnung von Memorandum zur rechtlichen Annahme des Status ausstehend
	21	Myanmar	
	22	Nepal	
	23	Saudi-Arabien	seit 16. September 2022
	24	Sri Lanka	
	25	Türkei	Äußerung über Wunsch nach Beitritt von Präsident Recep Tayyip Erdoğan während des Gipfels
	26	Vereinigte Arabische Emirate	Status erteilt am 16. September 2022, Unterzeichnung von Memorandum zur rechtlichen Annahme des Status ausstehend
■ Regelmäßiger Gast	27	Turkmenistan	

25. Juli –26. September 2022

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

27.7.2022	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew empfängt den georgischen Premierminister Irakli Garibashvili in Nur-Sultan zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Transport und Logistik.
29.7.2022	Laut Generalstaatsanwalt wurden bisher über 700 Personen wegen Involvierung in die Januar-Unruhen verurteilt.
2.8.2022	In einem bereits wieder gelöschten Post beim sozialen Netzwerk Vkontakte bezeichnet der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew Kasachstan als einen »künstlichen Staat«, dessen Städte Atyrau, Semei (Gebiet Abai) und Almaty »ehemalige russische Territorien gewesen sind.« Laut einem Sprecher stammt der Post nicht von Medwedew sondern Hackern, die kurzzeitig dessen Account übernommen hätten.
3.8.2022	Laut einem Gericht in Petropawl (Gebiet Nordkasachstan) wurde bereits im Mai ein Ehepaar wegen »separatistischer Aktivitäten« zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt, nachdem der 49-Jährige und die 43-Jährige beim Online-Videochat-Dienst Chatroulette Russland halb-öffentlich zur Annexion des Gebietes Nordkasachstan aufgerufen haben.
4.8.2022	Laut einem Sprecher des Außenministeriums unterstützt Kasachstan die Ein-China-Politik und betrachtet Taiwan als »integralen Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China.« Kasachstan stehe demnach für die Einhaltung bestehender völkerrechtlicher Normen und speziell in diesem Fall für die Einhaltung der Resolution 2758 der UN-Generalversammlung. Ein Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses in Taipeh hat die Spannungen im Taiwan-Konflikt zuletzt verstärkt.
7.8.2022	Regierungsdelegationen Kasachstans und Usbekistans einigen sich auf einen Vertragsentwurf zur vollständigen Demarkation der gemeinsamen Grenze.
9.8.2022	Die russische Weltraumbehörde Roskosmos schießt den iranischen Satelliten »Khayyam« vom Kosmodrom Baikonur ins Weltall. Laut dem iranischen Kommunikationstechnologeminister Zarepour markiere dies »den Beginn der strategischen Zusammenarbeit zwischen Iran und Russland in der Weltraumindustrie.« Die iranische Weltraumagentur bestreitet Vermutungen, dass der Satellit von Russland zur militärischen Aufklärung in der Ukraine eingesetzt wird.
9.8.2022	Laut Generalstaatsanwaltschaft haben Beamte der Polizeibehörde des Gebietes Almaty zwischen dem 7.1.2022 und dem 17.1.2022 insgesamt 23 Bürger:innen gefoltert, die bei Protesten in Taldykorgan (mittlerweile Gebiet Schetisu) festgenommen wurden. Demnach wird gegen fünf Beamte ermittelt.
10.8.2022	Die Regierung ratifiziert ein Protokoll über die Ausweitung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit der Türkei. Das Protokoll bezieht sich u. a. auf den Austausch von Informationen über transnational agierende Terrorgruppen.
12.8.2022	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew eröffnet in Nur-Sultan die größte Moschee Zentralasiens. Diese bietet Platz für 235.000 Gläubige.
16.8.2022	Behörden korrigieren die Zahl der Todesopfer während der Januar-Unruhen um weitere sechs Personen, die demnach nach ihrer Festnahme in Haft gestorben sind, auf 238.
19.8.2022	Präsident Tokajew wird in Sotschi von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über Fragen der bilateralen strategischen Partnerschaft empfangen. Laut einem Pressesprecher Tokajews wurde während des Treffens »die gesamte Bandbreite [...] der Zusammenarbeit besprochen.« Das Gespräch fand demnach »in einer außergewöhnlich freundlichen Atmosphäre statt.«
22.8.2022	Laut dem Caspian Pipeline Consortium (CPC) musste der Erdöllexport über die Kaspische Pipeline zwischen dem kasachstanischen Tengiz-Feld und Noworossijsk erneut eingeschränkt werden, nachdem drei von vier Verladestationen im Hafen von Noworossijsk repariert werden müssen. Es handelt sich in diesem Jahr bereits um die vierte Unterbrechung bzw. Einschränkung des Erdölexportes über die Pipeline.
23.8.2022	Das Außenministerium äußert gegenüber dem ukrainischen Botschafter in Kasachstan, Petr Wrublewskyj, scharfen Protest, nachdem dieser am Vortag in einem Interview geäußert hatte, »wir versuchen so viele wie möglich von ihnen zu töten. Je mehr Russen wir jetzt töten, desto weniger werden unsere Kinder von ihnen töten müssen.«
24.8.2022	Präsident Tokajew wird in Baku von seinem aserbaidchanischen Amtskollegen Ilham Alijew zu Gesprächen empfangen. Beide Seiten unterzeichnen u. a. eine Absichtserklärung zur gemeinsamen Exploration und Entwicklung von kasachstanischen Kohlenwasserstofffeldern.
29.8.2022	Die Pressestelle des Premierministers gibt einen Lieferstopp für militärische Güter bis August 2023 bekannt. Zuvor wurden über den Messenger-Dienst Telegram Falschmeldungen über angebliche Verträge für den Verkauf von in Kasachstan hergestellter Munition an Russland verbreitet.
31.8.2022	Laut Pressestelle des Premierministers werden Pakistan nach den dortigen schweren Regenfällen und Überschwemmungen humanitäre Hilfsmittel im Gesamtwert von 400.000 US-Dollar bereitgestellt.

31.8.2022	Präsident Tokajew empfängt den Außenminister und stellvertretenden Premierminister von Katar, Mohammed bin Abdulrahman Al Thani, in Nur-Sultan zu Gesprächen, u. a. über die Möglichkeiten zum Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen und Wirtschaft. Tokajew begrüßt das geplante erste Treffen der Außenminister Zentralasiens und des Golfkooperationsrates (GCC) im September in Riad.
1.9.2022	Präsident Tokajew kündigt für den Herbst vorgezogene Präsidentschaftswahlen an, da für die »erfolgreiche Umsetzung umfassender Reformen auf dem Weg zu einem gerechten Kasachstan« ein »neues Vertrauensmandat des Volkes« erforderlich sei. Parlaments- und Lokalratswahlen sollen in der ersten Jahreshälfte 2023 stattfinden. Außerdem erhalten alle Personen, die sich im Januar an Unruhen oder illegalen Versammlungen beteiligt haben, eine einmalige Amnestie.
1.9.2022	Laut der Pressestelle des Premierministers werden die im April und Juni erlassenen Quoten für die Ausfuhr von Weizen und Mehl in Erwartung einer guten Getreideernte in Höhe von über 13 Mio. t Weizen aufgehoben.
1.9.2022	Präsident Tokajew telefoniert mit seinem russischen Amtskollegen Putin über die weitere Entwicklung der strategischen Partnerschaft und den bilateralen Bündnisbeziehungen. Beide Seiten einigen sich auf die Aufrechterhaltung konstanter Arbeitskontakte.
4.9.2022	Nach Waldbränden auf einer Fläche von über 43.000 ha im Bezirk Auliekol (Gebiet Kostanai) werden aus vier Dörfern insgesamt 1841 Personen evakuiert. Erst am Vortag musste ein großflächiger Steppenbrand im Naturpark Syrdarja-Turkestan (Gebiet Turkestan) gelöscht werden.
7.9.2022	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzentwurf, der den »Tag des Ersten Präsidenten« am 1. Dezember von der Liste der staatlichen Feiertage streicht. Im Gegenzug werden der »Tag der Republik« am 25. Oktober sowie der Unabhängigkeitstag am 16. Dezember als Nationalfeiertage definiert.
7.9.2022	Das Parlament verabschiedet eine Reihe von Verfassungsänderungen, die u. a. einige Befugnisse des Präsidenten in Bezug auf lokale Exekutivbehörden und den Obersten Justizrat einschränken. Änderungen der Wahlgesetzgebung sehen den Übergang zu einem gemischten Wahlsystem vor. Abgeordnetenmandate können künftig aufgehoben werden, Gouverneure und Bürgermeister werden auf Bezirksebene direkt gewählt. Die Schwelle zur Registrierung politischer Parteien wird von 20.000 auf 5.000 Mitglieder gesenkt.
13.9.2022	Im Vorfeld des siebten Kongress der Anführer der Welt- und traditionellen Religionen in Nur-Sultan empfängt Präsident Tokajew u. a. Papst Franziskus, den Großmufti des Kaukasus, Paschazadeh, den Patriarch der Orthodoxen Kirche von Jerusalem, Theophilos III., und den Hohen Vertreter des UN-Generalsekretärs für die Allianz der Zivilisationen, Moratinos zu jeweiligen Gesprächen über Möglichkeiten der Förderung des globalen interreligiösen Dialoges.
14.9.2022	Präsident Tokajew eröffnet in Nur-Sultan den siebten Kongress der Anführer der Welt- und traditionellen Religionen. In seiner Ansprache äußert Tokajew Sorge angesichts eines »Zusammenbrechens der Systeme internationaler Sicherheit vor unseren Augen«, weshalb »die moralische Autorität der geistlichen Anführer« für die Förderung von »Wohlfühlen, Dialog und Zusammenarbeit« heute »wichtiger denn je« sei.
14.9.2022	Präsident Tokajew empfängt seinen chinesischen Amtskollegen Xi Jinping zu einem offiziellen Besuch in Nur-Sultan, der laut Tokajew ein »goldenes Jubiläum« bilateraler Beziehungen darstelle. Laut Xi werde China »Kasachstan entschlossen bei der Wahrung seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität unterstützen« und »kategorisch jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kasachstans ablehnen.« Es handelt sich um den ersten Auslandsaufenthalt von Xi seit dem Beginn der Corona-Pandemie 2020.
14.9.2022	Während einer Messe in Nur-Sultan ruft Papst Franziskus die über 7.000 Anwesenden auf, für eine friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidschan zu beten. Aserbaidschan hat am Vortag Armenien an mehreren Abschnitten der gemeinsamen Grenze angegriffen.
16.9.2022	Präsident Tokajew nimmt in Samarkand (Usbekistan) am Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil. In seiner Ansprache betont Tokajew die Stärkung der regionalen Sicherheit als Priorität der SOZ, die außerdem in eine »globale Wirtschaftsplattform« verwandelt werden müsse. Bei bilateralen Gesprächen mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi am Rande der Konferenz begrüßt Tokajew den iranischen Wunsch nach Aufnahme in die SOZ.
16.9.2022	Das Parlament verabschiedet eine Reihe von Verfassungsänderungen, u. a. die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre und die Beschränkung auf eine Amtszeit ohne Möglichkeit auf Wiederwahl.
16.9.2022	Das Parlament beschließt die Rückbenennung der Hauptstadt Nur-Sultan in Astana.
17.9.2022	Präsident Tokajew unterzeichnet die vom Parlament am Vortag verabschiedeten Verfassungsänderungen.
19.9.2022	Laut Ministerium für Industrie und Infrastrukturentwicklung wurde vorübergehend ein Verbot für die Ausfuhr von Kohle auf dem Landweg erlassen.

20.9.2022	In seiner Ansprache an die UN-Vollversammlung in New York fordert Präsident Tokajew die »Wiederherstellung des seit langem etablierten Systems der globalen Sicherheit, der Wahrung der territorialen Integrität und der Achtung der Souveränität der Länder.«
21.9.2022	Per Dekret terminiert Präsident Tokajew für den 20.11.2022 vorgezogene Präsidentschaftswahlen.
21.9.2022	Halyk Bank, die größte Bank Kasachstans, stellt die Nutzung von russischen Mir-Karten ein, nachdem die USA Sanktionen gegen das Zahlungssystem nutzende Institutionen angekündigt haben.
21.9.2022	Bei Gesprächen zwischen Premierminister Alichan Smailow und dem Präsidenten der VAE, Muahmmad bin Zayid Al Nahyan, in Abu Dhabi, einigen sich beide Seiten auf die gemeinsame Umsetzung von Investitionsprojekten in der Wirtschaft Kasachstans im Gesamtwert von 900 Mio. US-Dollar.
26.9.2022	Laut einem Sprecher des Außenministeriums wird Kasachstan die von Russland durchgeführten »Referenden« über die Annexion von besetzten ukrainischen Gebieten nicht anerkennen. Kasachstan handele nach »den Prinzipien der territorialen Integrität, souveränen Gleichheit und friedlichen Koexistenz aller Staaten.«
26.9.2022	Ein Gericht in Astana verurteilt den Neffen des Ersten Präsidenten Nasarbajew, Kairat Satybaldy, wegen der Veruntreuung von Geldern der Kazakhtelecom zu sechs Jahren Freiheitsentzug.

Kirgistan

26.7.2022	Präsident Sadyr Dschaparow empfängt den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE, Kairat Abdrachmanow, in Bischkek zu Gesprächen, wobei Dschaparow u. a. auf Pilotprojekte für mehrsprachigen Schulunterricht für nationale Minderheiten hinweist. Laut Abdrachmanow schätze die OSZE Dschaparows Einsatz für interethnische Harmonie und interreligiösen Frieden in Kirgistan.
29.7.2022	In der kirgisischen Botschaft in London wird die Übergabe der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul) in den Besitz des kirgisischen Staates durch entsprechenden Austausch von Dokumenten zwischen Vertreter:innen der kanadischen Centerra Gold Inc. und dem kirgisischen Botschafter abgeschlossen.
30.7.2022	Präsident Dschaparow empfängt den chinesischen Außenminister Wang Yi in Bischkek zu einem Gespräch über die weitere Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit und Fragen der globalen und regionalen Sicherheit und Stabilität. Laut Dschaparow ist China der wichtigste wirtschaftliche Partner Kirgistans.
4.8.2022	Laut dem Außenministerium verfolge man die Situation in und um Taiwan genau und hoffe auf ein baldiges Abklingen der Spannungen. Kirgistans Haltung in der Taiwan-Frage und die Befürwortung der Ein-China-Politik seien unveränderlich. Ein Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses in Taipeh hat die Spannungen im Taiwan-Konflikt zuletzt verstärkt.
5.8.2022	Laut 24.kg sind 80 Spezialisten aus China in Kirgistan eingetroffen, um eine Machbarkeitsstudie für die geplante Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan durchzuführen.
15.8.2022	Dschekschenalijew, ein 19-jähriger Blogger, wird wegen des Verdachtes auf »Anstiftung zu Massenunruhen« festgenommen. Der Blogger hatte auf seiner Seite ein älteres Video re-posted. In dem Video kritisiert der ehemalige GNKB-Vorsitzende Sergisbayew Präsident Dschaparows angebliche Pläne über die Schenkung der Eisenerzmine Dschetim-Too (Gebiet Naryn) zur Schuldentilgung an China.
16.8.2022	Präsident Dschaparow beruft für den 25.11.2022 die erste Zusammenkunft des Volkskurultai ein. Bei dem Gremium handelt es sich um eine Bürger:innenversammlung, die dem Präsidenten bei Entscheidungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen beraten soll.
17.8.2022	Das Strafverfahren gegen Gesundheitsminister Alamkadyr Beischenalijew wegen des Verdachtes auf Korruption wird nach fehlendem Tatbestand eingestellt. Beischenalijew wurde im Juni festgenommen, nachdem er während der Pandemie nicht benötigte Impfstoffe im Gesamtwert von über 1,5 Mrd. Som (ca. 17,5 Mio. Euro) von einer ausländischen Firma mit Offshore-Konten eingekauft haben soll.
19.8.2022	Laut einem Sprecher von Präsident Dschaparow wurde der chinesischen Zhong Ji Mining Company die Erlaubnis zur Entwicklung der Goldmine im Solton-Sary-Feld (Gebiet Naryn) erteilt. Demnach werde die Firma den lokalen Anwohner:innen eine jährliche Entschädigung in Höhe von 50 Mio. Som (ca. 4.600 US-Dollar) auszahlen. Die kirgisische Regierung hatte der Zhong Ji Mining Company nach Protesten im November 2021 die Lizenz zur Entwicklung der Mine entzogen.
20.8.2022	Präsident Dschaparow entlässt Gesundheitsminister Alamkadyr Beischenalijew von seinem Posten.
21.8.2022	Bei einem schweren Verkehrsunfall im russischen Gebiet Uljanowsk sterben 16 Menschen, darunter 14 kirgisische Staatsbürger:innen. Präsident Dschaparow ordnet für den 23.8.2022 Staatstrauer an.
24.8.2022	Beim Treffen der Verteidigungsminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Taschkent äußert der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu, dass die Kampfbereitschaft der russischen Militärbasen in Kirgistan und Tadschikistan angesichts einer sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan erhöht werde.
25.8.2022	Das Wirtschafts- und Handelsministerium startet das Pilotprojekt »Digitaler Nomade«, in dessen Rahmen sich aserbaidjanische, armenische, belarussische, kasachstanische, moldauische und russische Fachkräfte aus den Bereichen Softwareentwicklung, Informations- und Kommunikationstechnologie für eine visumfreie Arbeitsgenehmigung bewerben können.
3.9.2022	UN-Generalsekretär Antonio Guterres ernennt die ehemalige Präsidentin Kirgistans, Rosa Otunbajewa, zur neuen UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Leiterin der UN-Hilfsmission in Afghanistan.
8.9.2022	Laut Nationalem Statistikkomitee betrug die Bevölkerung Kirgistans am 1.8.2022 6.977.000 Menschen. Die Daten beruhen auf dem letzten Zensus, der zwischen April und Mai durchgeführt wurde.
9.9.2022	Präsident Dschaparow ernennt Gulnara Baatyrowa (zwischen 2011 und 2021 Mitglied der zentralen Wahlkommission (CEC)) zur neuen Gesundheitsministerin. Baatyrowa hatte das Amt seit dem 3.9.2020 kommissarisch inne.
9.9.2022	Laut 24.kg wurde das seit Januar 2021 laufende Strafverfahren gegen den ehemaligen Premierminister Abylgasijew wegen des Verdachtes auf illegale Bereicherung aufgrund fehlendem Tatbestand bereits im August 2021 eingestellt. Abylgasijew ist im Juni 2020 nach einem Korruptionsskandal im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine zurückgetreten.

13.9.2022	Präsident Dschaparow eröffnet eine Basis des Grenzschutzdienstes des GKNB für Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar TB2. Der Ort der Basis wurde geheim gehalten.
13.9.2022	Laut dem russischen Dienst von RFE/RL wurden bisher mindestens 90, womöglich aber bereits über 300, Vertragssoldaten, die im russischen Luftwaffenstützpunkt Kant (Gebiet Tschui) stationiert waren, zu Kampfeinsätzen in die Ukraine verlegt. Bei der Mehrheit von ihnen soll es sich um Personen aus der russischen Teilrepublik Tuwa handeln.
13.9.2022	Nach eigenen Angaben hat die Generalstaatsanwaltschaft wegen des Verdachtes auf betrügerische Verwendung von Haushaltsgeldern Ermittlungen gegen Energieminister Doskul Bekmursajew aufgenommen. Bekmursajew soll demnach u. a. nicht in seinem Ministerium beschäftigte Personen auf staatlich finanzierte Geschäftsreisen ins Ausland geschickt haben.
13.9.2022	Der ehemalige staatliche Verwalter der Kumtor Gold Company (KGC), Tengiz Bolturuk, wird in Bischkek wegen des Verdachtes auf Korruption im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine festgenommen. Bolturuk wurde bereits am 24.8.2022 von seinem Posten bei der KGC entlassen, bleibt vorerst jedoch Vorsitzender der staatlichen Beteiligungsgesellschaft »Das Erbe der Großen Nomaden.«
14.9.2022	An der kirgisisch-tadschikischen Grenze im Bezirk Bulak-Baschy (Gebiet Batken) kommt es zu einem mehrstündigen Gefecht zwischen Grenzschutzsoldaten beider Länder. Laut Darstellung des kirgisischen GKNB haben tadschikische Einheiten unzulässige Stellungen an einem nicht-markierten Grenzabschnitt bezogen und nach Aufforderungen, den Abschnitt zu verlassen, u. a. mit Mörsern das Feuer auf eine kirgisische Einheit eröffnet. Demnach wurden auf kirgisischer Seite zwei Zivilisten und zwei Soldaten verletzt. Wenige Stunden darauf kommt es im Bezirk Pasyk-Aryk (ebenfalls Gebiet Batken) zu einem weiteren Schusswechsel.
14.9.2022	Nach dem Angriff Aserbaidschans auf mehrere armenische Siedlungen entlang der gemeinsamen Grenze am Vortag äußert Präsident Dschaparow während einer Online-Sitzung des kollektiven Sicherheitsrates der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) seine »extreme Besorgnis« angesichts der Eskalation und ruft beide Seiten dazu auf, den Konflikt durch politische und diplomatische Mittel zu lösen.
15.9.2022	Präsident Dschaparow nimmt in Samarkand (Usbekistan) am Gipfeltreffen der SOZ teil. Während des Treffens wird ein Kooperationsabkommen über den Bau der Eisenbahn China–Kirgistan–Usbekistan geschlossen, das u. a. die Kosten für die Machbarkeitsstudie gleichmäßig auf die drei Vertragspartner aufteilt.
16.9.2022	Entlang der gesamten tadschikisch-kirgisischen Grenze im Gebiet Batken kommt es zu militärischen Zusammenstößen und schweren Kampfhandlungen zwischen den Armeen beider Länder, nachdem die tadschikische Seite mehrere Siedlungen in den Bezirken Batken und Leilek mit Mörsern beschossen hat. Die Bewohner:innen von sieben kirgisischen Siedlungen räumen ihre Häuser. Im Verlauf der Kämpfe beginnt die tadschikische Seite Vororte und den Flughafen der Stadt Batken zu beschießen. Das Außenministerium überreicht dem tadschikischen Außenministerium eine Protestnote, in der das tadschikische Vorgehen mit u. a. schweren Waffen gegen kirgisische Grenz- und zivile Anlagen verurteilt wird. Bei bilateralen Gesprächen zwischen Präsident Dschaparow und seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon am Rande des SOZ-Gipfels in Samarkand einigen sich beide Seiten auf den Rückzug aller Truppen von der Kontaktlinie und eine Beschleunigung der Arbeit zur Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Grenze. Nach Angaben des stellvertretenden Gouverneurs des Gebietes Batken wurden über 120.000 Zivilisten evakuiert; die tadschikische Seite setze demnach den Beschuss trotz vereinbarter Waffenruhe weiter fort, ebenso die weitere Verlegung von Truppen an die Kontaktlinie. Unmittelbar nach seiner vorzeitigen Rückkehr aus Samarkand hält Dschaparow eine Notfallsitzung des Sicherheitsrates ab. Im Gebiet Batken wird der Notstand ausgerufen.
17.9.2022	Das russische Außenministerium ruft beide Seiten zur Deeskalation auf und bietet Vermittlung und Unterstützung bei der Demarkation von bisher nicht-gekennzeichneten Grenzabschnitten an. In einer Stellungnahme verurteilt die Organisation der Turkstaaten die tadschikische Aggression und den Beschuss von kirgisischen Zivilisten und ziviler Infrastruktur mit schweren Waffen. In einer Stellungnahme äußert die OSZE »tiefe Besorgnis in Anbetracht der eintreffenden Nachrichten« und ruft zu Deeskalation auf. Das türkische Außenministerium ruft beide Seiten zu Dialog und einer friedlichen Lösung auf. Per Messenger-Dienst Telegram begrüßt die OVKS die vereinbarte Waffenruhe und bezeichnet die Anwendung von Gewalt als inakzeptabel. Auch die SOZ und die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) rufen zu friedlichen Lösung des Konfliktes auf.
17.9.2022	Nach Angaben des GKNB setzt die tadschikische Seite trotz vereinbarter Waffenruhe den Mörserbeschuss von kirgisischen Grenzposten und Siedlungen im Bezirk Batken, darunter Dostuk und Pasyk-Aryk, weiter fort. Nachdem auch kirgisische Siedlungen im Bezirk Tschon-Alai (Gebiet Osch) beschossen werden, werden die Bewohner:innen von fünf Dörfern des Bezirkes evakuiert.
18.9.2022	Präsident Dschaparow ruft für den 19.9.2022 Staatstrauer aus.

20.9.2022	Die Vorsitzenden der kirgisischen und tadschikischen GKNB, Taschijew und Jatimow, unterzeichnen ein gemeinsames Protokoll zur Regulierung bewaffneter Konflikte in Grenzgebieten. Das Protokoll sieht die vollständige Beendigung der Kämpfe sowie den Rückzug der Truppen an ihre jeweiligen Dienstorte vor. Zudem sollen die Zusammenstöße vom 14. und 16. September gründlich untersucht werden. Laut kirgisischem GKNB verlief die Nacht ohne Zwischenfälle, die Situation an der Grenze sei stabil.
21.9.2022	In seiner Ansprache an die UN-Vollversammlung in New York wirft Präsident Dschaparow seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon vor, mit dem Angriff auf Kirgistan sowohl gegen die von ihm unterzeichnete Erklärung von Alma-Ata 1991 als auch die Moskau-Deklaration verstoßen zu haben. In beiden Deklarationen haben sich die Unterzeichnerstaaten gegenseitig die Achtung ihrer Unabhängigkeit, territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Souveränität garantiert.
21.9.2022	Nach der Teilmobilmachung in Russland ruft die kirgisische Botschaft in Moskau kirgisische Staatsbürger:innen auf, sich nicht an bewaffneten Konflikten auf dem Territorium von Drittstaaten zu beteiligen.
22.9.2022	Laut dem Ministerium für Notfallsituationen wurden bei dem tadschikischen Angriff auf das Gebiet Batken mindestens 432 Wohngebäude beschädigt oder zerstört.
24.9.2022	Laut dem Gesundheitskoordinator des Gebietes Batken wurden bei den militärischen Zusammenstößen auf kirgisischer Seite 62 Menschen getötet und 198 weitere verletzt.
25.9.2022	Die Vorsitzenden der kirgisischen und tadschikischen GKNB, Taschijew und Jatimow, unterzeichnen ein Protokoll, das den Konflikt offiziell beendet, die Demilitarisierung der von Kampfhandlungen betroffenen Grenzabschnitte vorsieht, sowie vier gemeinsame Grenzposten schließt, an denen es in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten gekommen ist. Laut Taschijew können 140.000 aus den Bezirken Leilek und Batken vertriebene oder evakuierte Personen zurückkehren.

Tadschikistan

27.7.2022	Das Durchschnittsgehalt belief sich im Frühsommer auf 160 US-Dollar (1.647,4 TJS), berichtet Asia-Plus unter Berufung auf Amonzoda, Ministerin für Arbeit und Migration.
31.7.2022	Zwei Pamiri-Aktivistinnen, die am 29.7.2022 in Moskau verschwunden waren, geben im staatlichen Fernsehsender »Behdoscht« an, sie seien »freiwillig« nach Tadschikistan zurückgekehrt, um Fragen tadschikischer Strafverfolgungsbehörden zu beantworten.
2.8.2022	Die Schulden des staatlichen Stromversorgers »Barghi Todschiq« belaufen sich auf umgerechnet drei Mrd. US-Dollar, meldet Fergana Agency.
3.8.2022	Mullah Jan, stellvertretender Kommandant des 217. Omari-Armeekorps der Taliban, droht Tadschikistan innerhalb einer Woche zu besetzen, falls Duschanbe nicht aufhöre sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Die Ankündigung erfolgte in Anwesenheit eines »Ministers« der Taliban, der Tachar besuchte.
4.8.2022	Der Khalifa (ismailitischer Geistlicher) des Chorugher Stadtteils UPD wird in GBAO zu fünf Jahren Haft wegen der »Durchführung extremistischer Aktivitäten« verurteilt. RFE/RL spekuliert, dass ein Grund für seine Verurteilung die Organisation eines Totengebets für die von Sicherheitskräften getöteten lokalen Anführer im Mai/Juni gewesen sei.
5.8.2022	Am 16.8.22 fährt erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder ein Personenzug von Tadschikistan nach Russland auf der Strecke Kulob–Wolgograd.
8.8.2022	Die Taliban fordern Tadschikistan und Usbekistan erneut auf, bei ihnen gelagerte Flugzeuge der ehemaligen afghanischen Armee an die Taliban zurückzugeben. Einige Piloten der afghanischen Armee flohen während der Machtübernahme der Taliban im August 2021 mit Flugzeugen und Hubschraubern nach Tadschikistan und Usbekistan.
10.8.2022	Die von den USA organisierte Militärübung »Regional Cooperation 2022« beginnt in Fachrobod (Gebiet Chatlon) unter Teilnahme von Truppen aus den USA, Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Mongolei und Pakistan. Tadschikistan und die USA führen zudem ein bilaterales Feldtraining durch.
11.8.2022	In Chorugh wird der von der ismailitischen Aga-Khan-Foundation gestiftete Stadtpark in staatliches Eigentum überführt.
11.8.2022	Importeure von Elektrofahrzeugen werden in Tadschikistan von Zöllen und Steuern befreit.
18.8.2022	Gayosow, Blogger aus GBAO, wird in Moskau verhaftet und an einen unbekannt Ort verschleppt. Laut Fergana Agency hatte er sich in seinem Blog nicht zu den Ereignissen in GBAO in den vergangenen Monaten geäußert.
23.8.2022	Nikolai Patruschew, Sekretär des russischen Sicherheitsrates, kritisiert scharf die Militärübung »Regional Cooperation 2022«. Er bezichtigte die USA der Spionage in Zentralasien durch die Militärübung und hoffe, dass sich »alle SOZ-Mitgliedsländer der extrem hohen Risiken bewusst sind«, welche durch die Übungen entstünden, so Patruschew.
23.8.2022	Mahmudzoda, Sekretär des tadschikischen Sicherheitsrates, kommentiert die Erklärung von Patruschew (s. o.) bei RFE/RL: Tadschikistan habe eine strategische Zusammenarbeit mit Russland, diese bliebe unverändert und sei nicht gefährdet. Tadschikistan halte in seiner Außenpolitik alle Türen für Zusammenarbeit offen, auch mit den USA.
24.8.2022	Russlands Verteidigungsminister Schoigu kündigt an, die Kampfbereitschaft der russischen Militärstützpunkte in Kirgistan und Tadschikistan zu erhöhen. Grund seien IS-, Al-Qaida-, sowie Drogenschmuggelaktivitäten in Afghanistan, so Schoigu.
29.8.2022	An der Militärübung »Wostok-2022« im Fernen Osten Russlands nehmen auch Militärkontingente aus Tadschikistan teil, teilt der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums mit.
30.08.2022	Odinazod, tadschikischer Staatsangehöriger, wird in Australien wegen Förderung von Terrorismus zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Er hatte u. a. auf YouTube mit dem IS und den Taliban sympathisiert und zum Sturz der tadschikischen Regierung aufgerufen.
3.9.2022	RFE/RL meldet die Schließung von Buchhandlungen in Duschanbe, welche religiöse Literatur verkaufen.
6.9.2022	Nach der Flutkatastrophe in Pakistan hat Präsident Rachmon humanitäre Hilfe im Wert von umgerechnet 1,18 Mio. US-Dollar für Pakistan angeordnet.
6.9.2022	In einem offenen Brief bitten afghanische Flüchtlinge Präsident Rachmon um eine Aussetzung von Abschiebungen in das von den Taliban regierte Afghanistan.

13.9.2022	Laut RFE/RL hat Russland anscheinend massiv Personal aus den russischen Militärbasen in Duschanbe und Bochtar in die Ukraine verlegt. Den Recherchen zufolge seien 1.000 bis 1.500 Soldaten der 201. Division in die Ukraine entsandt worden, viele seien nicht zurückgekehrt. RFE/RL gelang es unter Wahrung der Anonymität mit Mitarbeitern der Militärbasis zu sprechen, aber auch mit Dienstleistern in der Nachbarschaft des Stützpunktes. Die Zahl der russischen Soldaten, welche in der Gegend verkehrten und einkauften, sei merklich zurückgegangen, berichteten Augenzeugen gegenüber RFE/RL.
14.9.2022	Der Oberste Gerichtshof in Russland hat die Islamische Wiedergeburtspartei (IRPT) aus Tadschikistan als Terrororganisation eingestuft. Die IRPT war vor ihrem Verbot 2015 in Tadschikistan die wichtigste Oppositionspartei des Landes.
14.9.2022	Aus dem tadschikisch-kirgisischen Grenzgebiet werden Schusswechsel zwischen Grenztruppen beider Staaten im Gebiet Sughd gemeldet, wobei offenbar zwei tadschikische Soldaten getötet werden. Beide Seiten werfen sich in Erklärungen vor, zuerst das Feuer eröffnet zu haben.
14.9.2022	Nach kritischen Posts in sozialen Netzwerken zur »Spezialoperation« des tadschikischen Militärs im Pamir wird Mamadsulton Mawlonazarow zu sieben Jahren Haft verurteilt. Mawlonazarow ist ehemaliger KGB-Offizier und wurde bereits am 16.6.2022 inhaftiert.
16.9.2022	Im Gebiet Sughd kommt es zu schweren Kampfhandlungen entlang der tadschikisch-kirgisischen Grenze. Nach tadschikischen Angaben eröffneten Soldaten des kirgisischen Grenzpostens »Koktosch« das Feuer auf den tadschikischen Grenzposten »Duschanbe«. Laut GNKB hätte die kirgisische Seite mehrere Dörfer in Tadschikistan angegriffen.
16.9.2022	Tadschikistan beschießt offenbar die kirgisische Stadt Batken. Meldungen zufolge besetzen tadschikische Truppen eine Schule im kirgisischen Dostuk (Gebiet Batken).
16.9.2022	Am Rande des SOZ-Gipfels in Samarkand einigen sich Präsident Rachmon und sein kirgisischer Amtskollege Dschaparow auf einen Waffenstillstand und den Abzug beider Truppen von der Kontaktlinie im Grenzgebiet.
16.9.2022	Der Pressedienst der tadschikischen Grenztruppen meldet trotz des vereinbarten Waffenstillstands den schweren Beschuss von tadschikischen Siedlungen aus Kirgistan.
16.9.2022	RFE/RL zitiert Einwohner:innen von Owtschi-Kalacha (Gebiet Sughd), welche von gezielten kirgisischen Angriffen auf ihre Siedlung und die Moschee berichten. Laut RFE/RL können die Details der Ereignisse jedoch nicht rekonstruiert werden.
16.9.2022	Vertreter des kirgisischen Außenministeriums überreichen eine Protestnote an ihre tadschikischen Amtskollegen. In dieser wird Tadschikistan u. a. vorgeworfen, heimtückisch kirgisisches Territorium angegriffen zu haben, nachdem zuvor Truppen entlang der Grenze zusammengezogen wurden.
17.9.2022	Von kirgisischer Seite aus wird eine ruhige Nacht ohne Zwischenfälle gemeldet (s. o.). Am Morgen hätte es Mörserbeschuss auf die kirgisische Siedlung Pasy-Aryk im Gebiet Batken gegeben.
20.9.2022	RFE/RL veröffentlicht eine Namensliste mit 74 getöteten Tadschik:innen, die bei den Gefechten der vergangenen Tage ums Leben gekommen sind.
21.9.2022	Fergana Agency meldet stark angestiegene Flugpreise auf allen Strecken von Moskau nach Zentralasien. Hintergrund ist die von Präsident Putin angeordnete Teilmobilisierung.
22.9.2022	Cholbasch Cholbaschow wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit von einem Gericht in Duschanbe zu lebenslanger Haft verurteilt. Cholbaschow wurde am 18.5.2022 gemeinsam mit seiner Ex-Frau Ulfathonim Mamadschoewa inhaftiert. Beiden wird die Organisation von Protesten in GBAO sowie Umsturzversuche gegen die Regierung vorgeworfen.
23.9.2022	Aufgrund von Anfeindungen im Zusammenhang mit dem Grenzkonflikt bitten tadschikische Studierende in Kirgistan die tadschikische Botschaft um eine Evakuierung.
25.9.2022	Künftig werden mehrere Grenzübergänge zwischen Tadschikistan und Kirgistan geschlossen, an denen es in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen gekommen war. Ein entsprechendes Protokoll wird von den tadschikischen sowie kirgisischen GNKB-Vorsitzenden unterzeichnet.
25.9.2022	Vor der UN-Generalversammlung wirft Außenminister Mukhriddin Kirgistan u. a. vor, den jüngsten Grenzkonflikt seit vergangenem Herbst gezielt vorbereitet zu haben.
26.9.2022	RFE/RL meldet die Festnahme von Bobozoda, Leiter der tadschikischen Exportagentur, wegen Betrug im großen Umfang.

Turkmenistan

25.7.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden Straßen in Aschgabat wieder mit Desinfektionsmittel besprüht und Personen aufgefordert auf Märkten medizinische Masken zu tragen (die Pflicht zum Tragen von Masken wurde im Mai aufgehoben). Turkmenistan ist weiterhin eines der letzten Länder, in denen es offiziell bisher keine Fälle von Covid-19 gegeben hat.
25.7.2022	Laut Khaama Press haben sich die Taliban und Turkmenistan auf die Belieferung Afghanistans mit 1.000 t Flüssiggas aus Turkmenistan geeinigt.
30.7.2022	Präsident Serdar Berdymuchammedow ernennt Begentsch Gotschmollajew zum Handelsminister. Gotschmollajew hatte das Amt bereits seit 19.4.2022 kommissarisch inne.
1.8.2022	Laut Chronika Turkmenistana hat die Regierung die Zahl der Student:innen, die im Rahmen staatlicher Programme an ausländischen Hochschulen studieren können, von 5.000 auf 2.000 reduziert. Laut Chronika Turkmenistana können Student:innen, die auf eigene Kosten im Ausland studieren wollen, das Land in diesem Jahr womöglich gar nicht mehr verlassen.
2.8.2022	In Awaza (Gebiet Balkan) führt u. a. Außenminister Raschid Meredow Gespräche mit dem Generalsekretär des Golfkooperationsrates (GCC), Nayef Falah Mubarak Al Hajraf, wobei sich u. a. auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und Transport geeinigt wird.
4.8.2022	Laut Chronika Turkmenistana bereitet sich Turkmenistan auf eine Ausbreitung von Affenpocken vor. Demnach richtet das Gesundheitsministerium u. a. Quarantänezonen zur Isolation von Infizierten ein.
5.8.2022	Nach einem Gespräch mit dem chinesischen Botschafter in Aschgabat erklärt der stellvertretende Außenminister Wepa Chadschijew Turkmenistans unveränderliches Bekenntnis zur Ein-China-Politik. Ein Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses in Taipeh hat die Spannungen im Taiwan-Konflikt zuletzt verstärkt.
8.8.2022	Im Gebiet Balkan legt Präsident S. Berdymuchammedow feierlich den Grundstein für eine neue Brücke über den Garabogazköl, die vom ukrainischen Unternehmen »Altcom« gebaut wird. Laut Berdymuchammedow soll durch die Brücke vor allem der Güterverkehr zwischen Turkmenistan und Kasachstan vereinfacht werden.
12.8.2022	In Aschgabat eröffnet ein Korrespondenzbüro der russischen staatlichen Nachrichtenagentur TASS.
15.8.2022	In Awaza (Gebiet Balkan) beginnt die Internationale Konferenz der Verkehrsminister:innen der Binnenentwicklungsländer mit Delegationen aus rund 40 Staaten. In seiner Videoansprache fordert Präsident S. Berdymuchammedow die Anwesenden auf, die Bemühungen zum Ausbau des Verkehrssektors der von der Pandemie besonders hart getroffenen Binnenländer zu verstärken.
16.8.2022	Die Internationale Konferenz der Binnenentwicklungsländer endet mit der Verabschiedung einer Abschlusserklärung, in der die internationale Gemeinschaft u. a. zur Erhöhung der Investitionen in die Infrastruktur von Binnenländern aufgerufen wird. Demnach bestand bereits vor der Pandemie in diesem Bereich eine Finanzierungslücke von 510 Mio. US-Dollar, die seitdem noch größer geworden sei.
16.8.2022	Laut dem usbekischen Verkehrsministerium hat man sich während der Internationalen Konferenz in Awaza mit Turkmenistan und Iran auf eine Erleichterung des internationalen Güterverkehrs zwischen Zentralasien und der Türkei über den Korridor Usbekistan–Turkmenistan–Iran geeinigt. U. a. sollen die Gebühren für den Warentransit auf dem Landweg gesenkt und die Verfahren für die Ausstellung von turkmenischen Visa für usbekische LKW-Fahrer:innen vereinfacht werden.
17.8.2022	Eine Gruppe turkmenischer Aktivist:innen in der Türkei hat Anzeige gegen das turkmenische Konsulat in Istanbul erstattet. Nach eigenen Angaben hatte die Gruppe am Vortag versucht dem Konsul einen Brief für Präsident S. Berdymuchammedow zu überreichen, in dem sie auf die Situation turkmenischer Staatsbürger:innen in der Türkei aufmerksam machen. Bei der Übergabe sollen Konsulatsmitarbeiter die Gruppe angegriffen und geschlagen haben.
17.8.2022	In Awaza wird das Pilotprojekt »Global Transit Document« (GTrD) gestartet, das im Rahmen des Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACECA) das Dokumentenmanagement für den internationalen Frachtverkehr durch die Nutzung von Blockchains vereinfachen soll.
19.8.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL und Turkmen.news hat die Polizei in Mary eine Menschenmenge von ca. 4.000 Personen gewaltsam aufgelöst, die sich für die Teilnahme an einer Lotterie vor dem örtlichen Einkaufszentrum versammelt haben. Nachdem die Verlosung kurzfristig abgesagt wurde ist es demnach zu Ausschreitungen gekommen.
24.8.2022	Präsident S. Berdymuchammedow richtet seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj und der ukrainischen Bevölkerung Glückwünsche zum ukrainischen Unabhängigkeitstag aus.
26.8.2022	In Dschebel (Gebiet Balkan) wird mit dem Bau eines internationalen Flughafens mit einer geplanten Abfertigungskapazität von 100 Passagieren pro Stunde begonnen. Der Bau wird durch ein Darlehen des Abu Dhabi Development Fonds in Höhe von 75 Mio. US-Dollar finanziert.

26.8.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret über die Verleihung des russischen Verdienstordens für das Vaterland IV. Klasse an den ehemaligen turkmenischen Präsidenten und aktuellen Vorsitzenden des turkmenischen Volksrates, Gurbanguly Berdymuchammedow, für dessen »großen Beitrag zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und Turkmenistan.«
26.8.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den usbekischen Außenminister Wladimir Norow und den Sonderbeauftragten des usbekischen Präsidenten für auswärtige Angelegenheiten, Abdulaziz Kamilow, in Aschgabat zu Gesprächen über Stand und Fortschritte der gemeinsamen Initiativen u. a. in den Bereichen Handel, Gemeinschaftsunternehmen, Transport und Transit. Laut usbekischem Außenministerium wurden auch Fragen der regionalen Sicherheit erörtert.
29.8.2022	Der zollfreie turkmenisch-iranische Grenzübergang Gaudan-Badschgiran (Gebiet Ahal auf turkmenischer Seite) wird nach 34 Monaten Pause wiedereröffnet. Der Grenzübergang wurde mit dem Beginn der Pandemie im Februar 2020 geschlossen.
30.8.2022	Laut Chronika Turkmenistana hat die Stadtverwaltung von Aschgabat das Sammeln von Plastikflaschen verboten, da Sammler:innen »das Land beschämen.« Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit stellt das Sammeln von Plastikflaschen, die gegen ein kleines Entgelt bei Recyclinghöfen abgegeben werden können, für viele Menschen die einzige Einkommensquelle dar.
2.9.2022	Laut TDH werden Pakistan nach den dortigen schweren Regenfällen und Überschwemmungen humanitäre Hilfsmittel in Form von Lebensmitteln und Medikamenten bereitgestellt.
3.9.2022	Das Außenministerium bittet die Türkei um die Wiedereinführung von Visa für turkmenische Staatsbürger:innen, um »die Regeln für den Aufenthalt von Bürger:innen Turkmenistans in der Türkei zu verbessern und systematisch einzuführen.« Zurzeit können sich turkmenische Staatsbürger:innen bis zu 30 Tage ohne Visum in der Türkei aufhalten.
7.9.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den chinesischen Sonderbeauftragten für eurasische Angelegenheiten, Li Hui, in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie, Transport und Logistik. Informationen über Gesprächsdetails blieben aus.
8.9.2022	Außenminister Meredow führt am Rande des ersten Treffens des strategischen Dialoges zwischen den Außenministern des GCC und den zentralasiatischen Staaten in Riad bilaterale Gespräche mit seinem saudischen Amtskollegen Faisal bin Farhan Al Saud und dem Geschäftsführer des Saudi Fund for Development, Sultan bin Abdulrahman Al-Marshad, wobei beide Seiten das Potenzial für weitere Investitionen u. a. in die Bereiche Energie und Landwirtschaft betonen.
8.9.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL sind am Vortag weitere 300 turkmenische Staatsbürger:innen aus der Türkei per Charterflug in Turkmenabad (Gebiet Lebap) angekommen, darunter 100 Personen, die ohne Angaben von Gründen aus der Türkei abgeschoben wurden.
13.9.2022	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterzeichnet eine Anordnung über die Abschaffung des vereinfachten Visaverfahrens für turkmenische Staatsbürger:innen, in dessen Rahmen sich diese bisher für 30 Tage ohne Visum in der Türkei aufhalten konnten.
15.9.2022	Präsident S. Berdymuchammedow nimmt in Samarkand (Usbekistan) als Ehrengast am Gipfel der der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil, an dessen Rande er bilaterale Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Putin führt, der eine gute Entwicklung der strategischen Partnerschaft und der Zusammenarbeit im u. a. Bereich Energie konstatiert. Bei bilateralen Gesprächen zwischen S. Berdymuchammedow und seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping spricht sich letzterer u. a. für eine Ausweitung der Gaskooperation aus und betont die chinesische Haltung der Ablehnung jeglicher Einmischungen externer Kräfte in die inneren Angelegenheiten Turkmenistans. S. Berdymuchammedow bestätigt die turkmenische Unterstützung für das Ein-China-Prinzip.
18.9.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wird ab sofort ein bereits im Jahr 2015 verabschiedetes Gesetz durchgesetzt, nach dem Abtreibungen nur in den ersten fünf Schwangerschaftswochen möglich sind.
20.9.2022	Laut Chronika Turkmenistana können Frauen unter 40 Jahren, wahrscheinlich auf Anweisung des Innenministeriums, in Aschgabat keine PKW mehr auf ihren Namen kaufen oder zulassen.
20.9.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den pakistanischen Ölminister Musadik Malik zu Gesprächen, u. a. über die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) und der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan-Glasfaserkommunikationsleitung (TAP). Gesprächsdetails sind nicht bekannt.

23.9.2022	In Aschgabat eröffnet Präsident S. Berdymuchammedow die erste Sitzung des neuen »Staatsrates« (Döwlet Maslahaty), der den ursprünglichen »Volksrat« (Halk Maslahaty) ersetzen soll, nachdem dieser seit einer Verfassungsänderung im September 2020 zum Oberhaus eines neu geschaffenen Zweikammerparlamentes umfunktionierte wurde.
24.9.2022	Anlässlich des bevorstehenden Unabhängigkeitstages am 27.9. begnadigt Präsident S. Berdymuchammedow 833 verurteilte Strafgefangene und verleiht 1.530 dauerhaft in Turkmenistan lebenden ausländischen Staatsangehörigen die turkmenische Staatsbürgerschaft.

Usbekistan

27.7.2022	Die Agentur für externe Arbeitsmigration Usbekistans fordert usbekische Arbeitsmigranten auf, Stellenangebote in Russland sorgfältig zu prüfen, um eine Beteiligung am russischen Krieg gegen die Ukraine auszuschließen.
29.7.2022	Russland und Usbekistan hätten eine »ähnliche Position« bezüglich der Notwendigkeit, die aktuellen Realitäten in Afghanistan anzuerkennen und mit der aktuellen Führung auf der Grundlage dieser Realitäten zusammenzuarbeiten, äußert Russlands Außenminister Lawrow nach einem Treffen mit Präsident Schawkat Mirsijojew in Taschkent, berichtet Gazeta.uz.
9.8.2022	Im zweiten Jahresquartal reisten 1,5 Mio. usbekische Staatsangehörige zur Arbeitsaufnahme nach Russland. Hierbei handelt es sich eine Steigerung von 25 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl markiert einen Rekordwert innerhalb der letzten sechs Jahre, berichtet RFE/RL.
11.8.2022	Die usbekische Botschaft in Moskau warnt usbekische Staatsangehörige in Russland, dass die Teilnahme am russisch-ukrainischen Krieg strafbar ist.
11.8.2022	Usbekistan plant gemeinsam mit Kirgistan alle offenen Grenzfragen bis Ende des Jahres zu lösen, berichtet RFE/RL.
11.8.2022	Der Führer der »Gesellschaft der Usbeken auf dem Territorium Perm« in Russland plant die Bildung eines Kampfbrigaden mit dem Namen »Amir Temur«, das gegen die Ukraine eingesetzt werden soll. Alischer Kadyrow, stellv. Sprecher des »Oliy Madschlis« sowie Parteivorsitzender der »Millij-Tiklanisch« fordert hierauf, dass usbekischen Staatsangehörigen, welche zum Kampf im Ausland aufriefen, die Staatsangehörigkeit entzogen werden solle. Zudem solle für sie ein lebenslanges Einreiseverbot nach Usbekistan gelten.
17.8.2022	Präsident Mirsijojew reist zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Saudi-Arabien.
18.8.2022	Im Rahmen des Staatsbesuchs Mirsijojews in Saudi-Arabien fand am 17. August in Dscheddah das 4. Treffen des usbekisch-saudi-arabischen Wirtschaftsrates statt. Es wurden bilaterale Investitionsabkommen im Wert von 13,1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
18.8.2022	Bürger:innen Saudi-Arabiens können sich ab 2023 30 Tage lang in Usbekistan aufhalten.
18.8.2022	Saudi-Arabien plant die Errichtung des weltweit größten Windkraftparks in Usbekistan.
18.8.2022	Präsident Mirsijojew pilgert zum Ende seines Staatsbesuchs in Saudi-Arabien nach Mekka.
23.8.2022	Präsident Mirsijojew kündigt die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf 12 % für das kommende Jahr an, berichtet RFE/RL.
24.8.2022	Laut Pakistan Today führen Pakistan und Afghanistan ein spezielles Visaprogramm für LKW-Fahrer ein, an dem auch Usbekistan teilnehmen könne.
24.8.2022	24 inhaftierte Demonstrant:innen aus Karakalpakstan werden gegen Kautionsfreilassung gestellt und unter Hausarrest gestellt. Ihre Festnahme erfolgte während der Unruhen in der Autonomen Republik Anfang Juli. In der offiziellen Erklärung der Generalstaatsanwaltschaft heißt es: »Es wurde berücksichtigt, dass die Personen ihre Handlungen während der Unruhen bereuen.«
26.8.2022	In Karakalpakstan wird der Einkommenssteuersatz von 15 % auf 7,5 % gesenkt, berichtet RFE/RL. Die Senkung erfolgte als Teil eines von Präsident Mirsijojew angeordneten Maßnahmenpakets.
26.8.2022	Bis zum zweiten Quartal 2023 soll eine Machbarkeitsstudie für eine neue Eisenbahnverbindung von Usbekistan via Kirgistan nach China abgeschlossen werden.
30.8.2022	Die Taliban fordern Usbekistan erneut auf, bei ihnen gelagerte Fluggeräte der ehemaligen afghanischen Armee an die Taliban zurückzugeben. Einige Piloten der afghanischen Armee flohen während der Machtübernahme der Taliban im August 2021 mit Flugzeugen und Hubschraubern nach Tadschikistan und Usbekistan
31.8.2022	Anlässlich des »Tag des Gedenkens an die Opfer von Repression« äußert Präsident Mirsijojew, die Sowjetunion habe die Freiheitsliebe der Usbek:innen unterdrückt.
2.9.2022	Usbekistan entsendet 40 Tonnen humanitäre Hilfe in die pakistanischen Überschwemmungsgebiete.
9.9.2022	Wladimir Norow wird Außenminister Usbekistans und löst nun offiziell Abdulaziz Kamilow ab.
12.9.2022	Laut Präsident Mirsijojew stellt Afghanistan einen integralen Bestandteil des erweiterten SOZ-Raumes dar.
15.9.2022	In Samarkand findet der Gipfel der SOZ statt. Präsident Mirsijojew empfängt die Staatsoberhäupter aller Mitgliedsstaaten u. a. Putin, Xi Jinping, Erdogan und Modi.
15.9.2022	Präsident Mirsijojew und Putin unterzeichnen am Rande des SOZ-Gipfels eine Erklärung über eine umfassende strategische russisch-usbekische Partnerschaft. Die Beziehungen beider Staaten beruhen auf gegenseitigem Vertrauen und würden nicht der aktuellen globalpolitischen Situation sowie dem Druck von außen unterliegen, so Putin.

15.9.2022	Beim SOZ-Gipfel in Samarkand äußert Präsident Putin gegenüber Xi Jinping Verständnis für Chinas Sorgen und Fragen bezüglich der »Spezialoperation« in der Ukraine. Indiens Premierminister Modi entgegnet Putin, gegenwärtig sei nicht die Zeit für Kriege.
15.9.2022	Präsident Mirsijojew und Xi Jinping unterzeichnen ein Abkommen zur bilateralen Investitionszusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft im Wert von 15 Mrd. US-Dollar.
15.9.2022	Irans Präsident Raisi und Mirsijojew vereinbaren die Steigerung des bilateralen Handelsumsatzes auf eine Mrd. US-Dollar am Rande des SOZ-Gipfels.
16.9.2022	Präsident Raisi unterzeichnet die Absichtserklärung zum iranischen Beitritt zur SOZ.
19.9.2022	Aus Almaty wird die Festnahme mehrerer Aktivist:innen aus der Republik Karakalpakstan gemeldet, darunter Raisa Chudaibergenowa. Ihnen wird u. a. ein »Eingriff in die verfassungsmäßige Ordnung der Republik Usbekistan« vorgeworfen. Die Festnahmen stehen im Zusammenhang mit den Protesten in Karakalpakstan im Juli 2022.
20.9.2022	Erstmals werden Güter auf einem Korridor von China via Kirgistan und Usbekistan nach Afghanistan transportiert. Zwischen Kaschgar und Osch wurden die Güter via LKW transportiert, ab Osch weiter über das Schienennetz bis nach Masar-i-Scharif.
20.9.2022	Präsident Mirsijojew und sein kirgisischer Amtskollege Sadyr Dschaparow führen ein Telefonat über die Ereignisse an der kirgisisch-tadschikischen Grenze.
20.9.2022	Die Zentralbank meldet einen Rückgang der nationalen Devisen- und Goldreserven.
21.9.2022	Die Agentur für Arbeitsmigration (ABTM) fordert Usbek:innen in Russland auf sich nicht am russisch-ukrainischen Krieg zu beteiligen und nicht in die Konfliktgebiete zu reisen.
21.9.2022	Im Netz kursiert seit 10 Tagen ein Video aus Dschizzach: Mehrere Männer drangsalieren einen jungen Mann, beleidigen ihn homophob und drohen ihn zu töten. Die Staatsanwaltschaft eröffnet Strafverfahren gegen die mutmaßlichen Täter.
21.9.2022	Die Agentur für Arbeitsmigration fordert Usbek:innen in Russland auf sich nicht an Demonstrationen zu beteiligen, meldet RFE/RL.
22.9.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft warnt usbekische Migranten in Russland vor der Teilnahme am Ukrainekrieg. Usbeken welche sich ausländischen Streitkräften anschließen können mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden
23.9.2022	Präsident Mirsijojew erklärt gegenüber Aktivist:innen in Taschkent, Usbekistan habe den Export von Gas und Baumwolle mittlerweile eingestellt. RFE/RL berichtet hingegen unter Zitierung öffentlicher Quellen, Usbekistan würde weiterhin Gas nach China exportieren. Besonders im Winter leidet das Land an Gas- und Stromknappheit.
23.9.2022	Das Muslim Board of Uzbekistan erlässt eine Fatwa, welche Usbeken die Teilnahme an Kampfhandlungen in der Ukraine untersagt.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsori und Richard Schmidt
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2022 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: rostam.onsori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen


Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.